

Nordrhein-Westfalen Landtag intern 10



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 30. Jahrgang, 12. Wahlperiode, 8.6.1999

WORT UND WIDERWORT

Sollen in unseren Schulen Kopfnoten eingeführt werden?

*Anders als Leistungen, bei denen die Notengebung ja oft genug Schwierigkeiten aufwerfe, seien Einstellungen und Verhaltensweisen mit Noten nicht sachgemäß zu messen. Wenn Schülerinnen und Schüler ihre Arbeitsaufgaben und -aufträge nicht ordnend organisieren könnten, müßten sie inhaltliche Hinweise und konkrete Vorschläge durch Schule und Lehrkräfte erhalten, was zu ändern sei. Sonst hätten diese „Kopfnoten“ nur die Funktion, Schüler zum Wohlverhalten zu zwingen. Das erklärt der SPD-Abgeordnete **Manfred Degen**. Der CDU-Abgeordnete **Bernhard Recker** betont, die Bewertung von Arbeits- und Sozialverhalten der Schüler sei der richtige Weg, den gesamten erzieherischen Auftrag der Schule deutlich zu machen. Das heiße, auch Regeln und Tugenden, die für das Zusammenleben in der Klasse und auf dem weiteren Lebensweg wichtig seien, müßten klar definiert, vermittelt und beurteilt werden. Die CDU-Fraktion fordere, auch die Fehlzeiten der Schüler auf den Abschlußzeugnissen auszuweisen. Die GRÜNE-Abgeordnete **Brigitte Schumann** bekräftigt, mit den Kopfnoten verbinde sich historisch eine Schulpraxis, die auf Anpassung, Dressur und Duckmäusertum abgezielt habe. Die Abschaffung der undifferenzierten Zeugnisnoten für die Kategorien „Betragen“, „Ordnung“ und „häuslicher Fleiß“ markiere daher einen entscheidenden pädagogischen Fortschritt in der geschichtlichen Entwicklung der Institution Schule. Eine Rückkehr zu dieser Praxis könne nicht ernsthaft erwogen werden.* (Seite 2)

Die Woche im Landtag

Medienbildung

Medienbildung in Schulen und die Förderung von Medienkompetenz waren Themen einer Anhörung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung. (Seite 3)

Landesvertretung

Die Landesvertretung in Berlin wird neu gebaut. Düsseldorfer Architekten errichten ein Haus aus Glas, Holz und Stahl. (Seite 4)

Modernisierung

Der Verwaltungsreform und der Kommunalausschuß beschlossen zahlreiche Änderungen zum Modernisierungsgesetz. (Seite 6)

Ortsumgehung

Der Bau der Ortsumgehung Wünnenberg erfolgt in zehn Jahren, obwohl er dringlich und von allen Parteien gewollt ist. (Seite 7)

Bundespräsident

Künftig will er Bundespräsident aller Deutschen sein: Johannes Rau, der mehr als 40 Jahre dem Landtag angehörte. (Seite 14)

Europawahl

Vor zwanzig Jahren wurden die Abgeordneten des Europäischen Parlaments zum ersten Mal direkt von den Bürgerinnen und Bürgern der EG gewählt. (Seite 15)

77 637 Ausländerkinder besuchen Kindergarten Hohe Versorgungsquote in NRW

In Nordrhein-Westfalen besuchen 77 637 Kinder aus anderen Herkunftsländern im Alter von drei bis sechs Jahren einen Kindergarten. Das teilt Jugend- und Familienministerin Birgit Fischer (SPD) mit.

In ihrer Antwort auf eine kleine Anfrage der CDU-Abgeordneten Jutta Appelt, Georg Gregull, Oliver Wittke, Heinrich Meyers und Willi Zylajew nennt die Ministerin als Stichtag den 31. Dezember 1997 und als Quelle die Meldebogenstatistik der Landesjugendämter. Frau Fischer berichtet, eine vom Land geförderte und vom Deutschen Institut für Urbanistik durchgeführte Erhebung zur Situation der ausländischen Kinder in den nordrhein-westfälischen Kindertageseinrichtungen in 14 Städten und Kreisen habe in diesen Untersuchungsgebieten eine Versorgungsquote der ausländischen Kinder mit Kindergartenplätzen in Höhe von 87,7 Prozent gegenüber deren landesweiter Versorgung mit 81,3 Prozent ermittelt. Die Versorgung der deutschen Kinder im Untersuchungsgebiet habe 91 Prozent und landesweit 93,5 Prozent betragen.

Nach Angaben der Ministerin macht der Anteil der ausländischen Kinder im Kinder-

gartenalter in der Bevölkerung mit 95 447 Jungen und Mädchen 16,24 Prozent aus. 17 810 Kinder im Alter von drei bis sechs Jahren aus anderen Ländern besuchen in NRW keinen Kindergarten (Drs. 12/3927).



Versöhnen statt Spalten

Zeichnung: Klaus Pielert (WAZ)

WORT UND WIDERWORT

An Aussagewert von Kopfnoten scheiden sich die Meinungen

Von
Manfred Degen

Ein Blick in die Stellenanzeigen einer beliebiger Zeitung informiert darüber, was Firmen neben fachlichem Können von ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erwarten: Eigeninitiative, Teamfähigkeit, Kommunikationsfähigkeit, Sozialkompetenz, Verantwortungsbereitschaft.

Diese Einstellungen und Verhaltensweisen sind in gleicher Weise für die persönliche Entwicklung eines Kindes wie für den späteren beruflichen Werdegang unerlässlich. Schule muß diese Einstellungen und Verhaltensweisen fördern und vermitteln — im Unterricht aller Fächer. Sie müssen im Schulleber und durch das Lernklima vorgelebt werden.

Mit Noten für Betragen, Fleiß und Ordnung — wie sie der eine oder andere in seiner Jugend erfahren hat — sind diese wichtigen Verhaltensleistungen jedoch nicht seriös zu erfassen. Anders als Leistungen — bei denen die Notengebung ja oft genug Schwierigkeiten aufwirft — sind Einstellungen und Verhaltensweisen mit Noten nicht sachgemäß zu messen. Die Aussagekraft eines „befriedigend“ im Betragen oder eines „mangelhaft“ wäre gleich Null. Wenn Schülerinnen und Schüler ihre Arbeitsaufgaben und -aufträge nicht ordnend organisieren können, müssen sie inhaltliche Hinweise und konkrete Vorschläge durch Schule und Lehrkräfte erhalten, was zu ändern ist. Sonst haben

SPD: Wir setzen auf die Förderung von Schlüsselqualifikationen

diese „Kopfnoten“ nur die Funktion, Schüler zum Wohilverhalten zu zwingen.

Entscheidend ist, daß der schulische Auftrag zur Förderung von Schlüsselkompetenzen in der alltäglichen Erziehungs- und Bildungsarbeit mit den Kindern und Jugendlichen, aber auch durch Informationen und Gespräche mit Eltern wahrgenommen wird. Auch auf dem Zeugnis können Hinweise zur Arbeitshaltung, zum Verhalten in Lerngruppe und Unterricht durchaus sinnvoll sein — aber nicht durch Ziffern, sondern durch konkrete Bemerkungen, die bei Bedarf auch Änderungsmöglichkeiten und Perspektiven für eine Verhaltenskorrektur der Kinder und Jugendlichen klar aufzeigen.

Die Zeugnisse an nordrhein-westfälischen Schulen geben den Lehrerinnen und Lehrern Raum für Bemerkungen. Keine rechtliche Regelung spricht dagegen, solche Hinweise zum Arbeits- und Sozialverhalten in das Zeugnis zu schreiben. Manche Schulen bescheinigen bereits heute auf Abschlußzeugnissen Schülerinnen und Schülern ihr Engagement, z. B. bei der Wahrnehmung ehrenamtlicher Tätigkeiten.

Die zunächst in Sachsen wieder ins Spiel getragene Einführung von Kopfnoten ist Ausdruck einer nostalgischen Anwendung, mit der die Illusion vermittelt wird, Noten für Betragen, Fleiß und Ordnung seien ein taugliches Instrument, Verhaltensauffälligkeiten und Disziplinproblemen zu begegnen. Statt der alten Kopfnoten setzen wir in Nordrhein-Westfalen auf die Förderung von Schlüsselqualifikationen, für deren sachgerechte Bewertung noch geeignete Instrumente entwickelt werden müßten.



In der letzten Ausgabe von „Wort und Widerwort“ war der Beitrag der SPD-Fraktion mit folgender Schlagzeile veröffentlicht: „Wir wollen mehr Ruhegebiet und weniger Bürgernähe.“ Richtig hätte es, dem Text entsprechend, heißen müssen: „Wir wollen mehr Ruhegebiet und weniger Bürokratie.“

Von
Bernhard Recker

Die jüngste Umfrage zu „Kopfnoten an NRW's Schulen“ — initiiert vom Verband für Bildung und Erziehung (VBE) — zeigt ein klares Ergebnis: 90 Prozent der Beteiligten sprechen sich für die Bewertung von Schlüsselqualifikationen auf den Zeugnissen aus. Diese übergroße Mehrheit der 17 144 Teilnehmer der Umfrage sieht einen dringenden Bedarf für Kopfnoten wie Fleiß, Ordnung und Mitarbeit. Die Bewertung von Arbeits- und Sozialverhalten der Schüler ist nach unserer Ansicht der richtige Weg, den gesamten erzieherischen Auftrag der Schule deutlich zu machen. Dies heißt einerseits: Grundfertigkeiten wie Schreiben, Rechnen und Lesen sowie Lernziele in anderen Fächern müssen eingeübt, abgefragt und benotet werden. Das heißt zweitens: Auch Regeln und Tugenden, die für das Zusammenleben in der Klasse und auf dem weiteren Lebensweg wichtig sind, müssen klar definiert, vermittelt und beurteilt werden. Auf den Grundschulzeugnissen gibt es bereits heute Hinweise zum Arbeits- und Sozialverhalten. An den weiterführenden Schu-

CDU: Kopfnoten Anhaltspunkt für Persönlichkeitsentwicklung

len fehlen Aussagen über die Arbeitseinstellung von Schülern sowie über ihr Verhalten im Unterricht oder gegenüber Mitschülern völlig. Das wird nicht nur von den Arbeitgebern bedauert, auch viele Lehrer und Eltern halten es angesichts der Debatte um den Erziehungsauftrag der Schule für falsch. Das Bundesland Sachsen wird deshalb Kopfnoten zum kommenden Schuljahr wieder einführen. Soziale Kompetenzen wurden an unseren Schulen lange Zeit vernachlässigt, weil SPD-Bildungspolitikern solche Tugenden oftmals als „Erziehung zum Duckmäusertum“ oder „Rückkehr zur Botmäßigkeit“ abgetan haben. Das Ergebnis dieser undifferenzierten Beurteilung und unzulänglichen Förderung der Schlüsselqualifikationen wie Zuverlässigkeit, Teamfähigkeit, Verantwortungsbereitschaft, Sorgfalt und Toleranz rächt sich heute in vielfältiger Form. Die Schüler haben keinen Anhaltspunkt, wie neben der Wissensvermittlung die Persönlichkeitsentwicklung fortgeschritten ist. Hierbei gibt es die gleiche Erfahrung wie bei den Noten in den klassischen Fächern: Präzise aufgezeigte Defizite sind ein Ansporn für die betroffenen Schüler, an sich zu arbeiten. Frau Behler hat kein schlüssiges Konzept wie Arbeitsverhalten und soziale Kompetenz wieder zusammenfassend bewertet und in Noten und/oder als Kurzbeschreibung ausgewiesen werden. Die CDU-Landtagsfraktion fordert neben der Bewertung von Schlüsselqualifikationen auch die Fehlzeiten der Schüler auf den Abschlußzeugnissen auszuweisen.

Von
Brigitte Schumann

Mit den Kopfnoten verbindet sich historisch eine Schulpraxis, die auf Anpassung, Dressur und Duckmäusertum abzielte. Die Abschaffung der undifferenzierten Zeugnisnoten für die Kategorien „Betragen“, „Ordnung“ und „häuslicher Fleiß“ markiert daher einen entscheidenden pädagogischen Fortschritt in der geschichtlichen Entwicklung der Institution Schule. Eine Rückkehr zu dieser Praxis kann unter dem Vorzeichen einer Erziehung zur Aufklärung, Emanzipation und Demokratie doch wohl nicht ernsthaft erwogen werden. Nehmen wir positiv an, daß auch diejenigen, die sich an der Debatte um Kopfnoten aktuell beteiligen, nicht die Bewertung von Sekundärleistungen im Sinn haben. Nehmen wir weiterhin positiv an, daß die Debatte ein Ausdruck für die Suche nach einer angemessenen, zeitgemäßen, ganzheitlichen Bewertung von Schüler- und Schülerinnenleistungen ist, die auch Schlüsselqualifikationen einschließt. Dann bleibt doch festzuhalten, daß das Instrument der Kopfnoten als Ziffernote oder Kurzkomentar oder in

GRÜNE: Noten sind Etikettierungen

der Verbindung von beiden Elementen wohl eben diese Bemühung nicht trifft.

Noten sind undifferenzierte Etikettierungen und besonders ungeeignet für die Bewertung sozialer und personaler Kompetenzen. Erst recht, wenn sie losgelöst und getrennt von konkreten Situationen in den unterschiedlichen Fächern pauschal erteilt werden. In Lernberichten an die Schülerinnen und Schüler, wie sie in den Grundschulen zum Teil entwickelt worden sind und in der Bielefelder Laborschule bis Klasse 9 praktiziert werden, ist ein adäquater Ansatz gefunden worden. Individuelle Lernentwicklungen, Lernschwierigkeiten und Lernerfolge werden ebenso berücksichtigt wie Hinweise, was zur Verbesserung und Erreichung der allgemeinen Lernziele getan werden kann. Die Bewertung des fachlichen Lernens wird nicht künstlich getrennt von der Frage, ob und mit welchen Folgen für das eigene Lernen bzw. das der anderen die Schülerinnen ihre soziale Kompetenz im Unterricht einbringen oder ob z. B. bestimmte Lebensprobleme Probleme des Verhaltens und des Lernens hervorrufen.

Eine zeitgemäße Leistungsbewertung wird sich zukünftig verstärkt beziehen müssen auf offene, projektförmige Lernformen. Sie wird sich auch an der Tatsache orientieren müssen, daß die Fähigkeit zur Evaluation der eigenen Leistung das Lernen verbessert, und dies auf die Schülerinnen anwenden. Bei der Erprobung neuer Wege brauchen Lehrerinnen und Lehrer die Unterstützung der Erziehungswissenschaft.

„Schulen bei der Einführung der neuen Techniken nicht allein lassen“

In Deutschland sollte jedem Schüler ein Notebook zur Verfügung gestellt werden – von Staats wegen und unter finanzieller Beteiligung der Eltern. Die Geräte könnten in einer eigenen Fabrik hergestellt werden und würden dann pro Stück 1 000, höchstens 1 500 Mark kosten; sie würden dem Schüler gehören (und darum pfleglicher behandelt als ein von der Schule geliehenes Gerät), wären hinlänglich stabil und technisch so auszulegen, daß sie fünf Jahren halten und eingesetzt werden könnten. Diese Anregung machte der Bremer Professor Dr. Klaus Haefner in der Anhörung des Schulausschusses zum Thema „Medienbildung in den Schulen des Landes Nordrhein-Westfalen“. Der Professor schätzte die Kosten des „Laptops für alle“ bundesweit auf acht Milliarden Mark – weniger als ein Zehntel dessen, was die Deutschen für ihre Auslandsreisen jedes Jahr ausgeben. Haefner: „Es ist wirklich eine triviale Forderung: Wir müssen bei den Schülerinnen und Schülern für Hardware und Software investieren – aber das scheint nicht möglich zu sein.“

Die öffentliche Anhörung am 1. Juni unterstrich die Notwendigkeit, daß an den Schulen, wie dies schon die Wirtschaft mit Erfolg praktiziert habe, neue Medien der Informations- und Kommunikationstechnologie integraler Bestandteil des Unterrichts werden müssen: Wenn unserer Wirtschaft diese Integration nicht gelungen wäre, dann stünden wir heute auf dem Niveau eines

Landes, sagte einer der angehörten Sachverständigen und Verbands-sprecherinnen und -sprecher, die der Vorsitzende des Ausschusses für Schule und Weiterbildung, Heinrich Meyers (CDU), zur Abgabe ihrer Stellungnahme eingeladen hatte. Der Bremer Professor beklagte in seinem Beitrag, das deutsche Bildungswesen nehme die Computerisierung der Gesellschaft fast nicht oder überhaupt nicht zur Kenntnis. Er verlange eine umfassende Strategie der Integration der Informationstechniken in Bildung und Ausbildung. Dazu müßten die Schüler die Technik wirklich zur Verfügung haben („Notebook für alle“) und es genüge keinesfalls, die Ziele von Bildung und Ausbildung aus nicht computerisierten Zeiten einfach fortzuschreiben. Mehr Selbstbewußtsein des Bildungswesens gegenüber dem System, was es führe, sei dringend notwendig, forderte zum Abschluß Professor Haefner: Derzeit sei dieses Bildungswesen ein führungsloses Unternehmen, das irgendwo orientierungslos dahindümpele. Aber die 400 Leute, die dieses System bestimmten, müßten sich aufmachen, diesen Prozeß der Integration neuer Medien zu organisieren: „Die Wirtschaft hat es ja auch geschafft.“ Die Lehrer und Ausbilder wollten sich dem Prozeß stellen, „sie werden aber von ihrem Management im Stich gelassen“. Guido Sattler von der Städtischen Gemeinschaftshauptschule Köln beklagte, heute investierten die Lehrer noch allzu oft ihre Energie „ohne Belohnungssystem“ und in „Hunderterten von Stunden“, Netze einzurichten und Schulcomputer zu warten – das sei aber nicht ihre Aufgabe. Und wieso müsse jede Schule für ihre Software bezahlen: „Warum werden keine stadt- oder landesweiten Lizenzen für Software gekauft?“ Die Arbeit hänge oft an wenigen Spezialisten im Lehrkörper, wenn die ausfielen, breche jahrelange Arbeit plötzlich ab. Darum sei es nötig, eine breitere Qualifizierung in den Kollegien zu erreichen, betonte er und schloß die Forderung an, den Schulen nicht nur Technik zur Verfügung zu stellen, man müsse auch eine einheitliche Hardwarestruktur in den Kommunen bekommen.

Von einer Dortmunder Gemeinschaftshauptschule stellte Klaus Korff fest, in Zukunft würden auch immer mehr politische Entscheidungen über die modernen Informationstechniken fallen, so sei eine Stimmabgabe bei Wahlen per Mausclick durchaus denkbar; da müsse jeder die Schlüsselqualifikation in diesen Techniken erwerben kön-

Zugang verfügt. Zudem hätten — Korff bezog sich dabei auf den Regierungsbezirk Arnsberg — bürokratische Hemmnisse erheblich zur Demotivation von Moderatoren beigetragen.

Karl-Heinz Heyden, Schulleiter einer Herner Grundschule, sprach als Beratungslehrer in der Beratungsstelle für Neue Technologien am Landesinstitut für Schule und Weiterbildung (Soest). Er vertrat die Auffassung, daß nicht jedes Kind in der Grundschule einen Computer benötige. Viel entscheidender sei eine Medienecke mit alten und neuen Medien, die im Klassenraum während des Unterrichts zur Verfügung stehe. Der Computer in der Grundschule sei nicht zum Informatikunterricht da, sondern als Werkzeug zum Schreiben, Rechnen, Zeichnen. So erlernen die Kinder kritischen und verantwortlichen Umgang mit neuen Medien. Das erlaube eine Qualitätssteigerung von Lernen und Unterricht durch die neuen Medien. Heyden regte an, ein Rahmenplan sollte Medienbildung integriert in alle Unterrichtsfächer fest-schreiben. Die Schulen seien durch Einrichtung einer schwerpunktorientierten Medienberatung und durch die Weiterqualifizierung der Lehrerinnen und Lehrer zu unterstützen.

Langfristige und fortzuschreibende Konzepte zur gezielten Weiterentwicklung auf dem für die Zukunft so wichtigen Gebiet der Medienbildung verlangte Studiendirektor Bernd Wiese von einem Mettmanner Gymnasium. Es dürfe nicht noch mehr Zeit verloren werden „bei der Aufholung unserer Defizite auf dem Gebiet der Medienbildung und -nutzung. Das beinhaltet auch den politisch gewollten Einsatz langfristiger und hinreichender Ressourcen sowie die Nutzung und Umsetzung vielfältiger Ideen.“ Als besonders effektiv habe sich die dezentrale Entwicklung und damit die Beteiligung vieler einzelner mit all ihrer Kreativität erwiesen; dieser Einsatz sollte nicht ungenutzt bleiben und durch zentrale Hilfestellung und Koordination begleitet werden. Wiese: „Es reicht nicht, den Schulen eine wesentliche Mitverantwortung für die Medienbildung zuzuschreiben — was zweifellos sinnvoll ist —, ohne gleichzeitig die erforderliche Unterstützung zu gewähren.“

Für die Berufskollegs des Kreises Warendorf regte dessen Sprecherin Marianne Ettmann-Block ebenfalls eine Gesamtkonzeption an: Die müsse das Ziel haben, „Chancengleichheit herzustellen zwischen denen, die eine Ausstattung im Elternhaus haben und denen, die diese nicht haben“. Diese Gesamtkonzeption solle aber den Schulen vor allem erlauben, zielgerichteter und effektiver arbeiten zu können. Medienkompetenz sei als Element allgemeiner und beruflicher Bildung zu verstehen. Besonders viel müsse in diesem Bereich in der Lehrerfortbildung getan werden, die Ausgaben seien drastisch zu erhöhen; der Akzent sei nicht allein auf die Ausbildung von Anwenderkompetenz zu setzen, „sondern muß zur Beurteilungs-, Gestaltungs- und Entscheidungskompetenz führen“. Einen Seitenhieb bekam die Finanzverwaltung ab: Der PC sei für die Lehrkraft, die damit unterrichte, ein notwendiges Arbeitsgerät — „das Steuerrecht darf das nicht konterkarieren“. Ettmann-Block legte Wert darauf, daß Mädchen ebenso häufig den Computer nutzen wie Jungen (derzeit liegen die hier deutlich vorn), damit nicht zugesehen werde, wie sich bereits in der Schule „Mädchen um ihre Zukunftschancen bringen“.



Warnte davor, daß das Bildungswesen endgültig ins Hintertreffen gerät: Der Bremer Professor Klaus Haefner in der Anhörung des Schulausschusses. Foto: Schälte

Entwicklungslandes, sagte einer der angehörten Sachverständigen und Verbands-sprecherinnen und -sprecher, die der Vorsitzende des Ausschusses für Schule und Weiterbildung, Heinrich Meyers (CDU), zur Abgabe ihrer Stellungnahme eingeladen hatte.

Der Bremer Professor beklagte in seinem Beitrag, das deutsche Bildungswesen nehme die Computerisierung der Gesellschaft fast nicht oder überhaupt nicht zur Kenntnis. Er verlange eine umfassende Strategie der Integration der Informationstechniken in Bil-

den. Er wies auf Ungereimtheiten beim Ablauf des Projekts „NRW — Schulen ans Netz — Verständigung weltweit“ hin und bemängelte, der Erfolg der Initiative werde immer noch an der Anzahl der über ISDN angeschlossenen Schulen gemessen und nicht an der Anzahl eigenständiger Internet-Zugänge der Schüler in den Schulen. Auch Korff machte Schwierigkeiten bei der Lehrerqualifizierung aus: Teilweise seien Lehrerinnen und Lehrer als Moderatoren „zwangsverpflichtet“ worden oder hätten anfangs nicht einmal über einen Internet-

Neue Landesvertretung in Berlin soll am 1. September 2001 bezogen werden

Düsseldorfer Architekten bauen im Tiergartenviertel lichtdurchflutetes Gebäude aus Glas, Holz und Stahl

Der Neubau der Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen beim Bund in Berlin wird nach dem Entwurf der Düsseldorfer Architekten Petzinka, Pink und Partner gebaut. Der Baubeginn soll im Frühsommer nächsten Jahres und das hypermoderne Gebäude am 1. September 2001 bezugsfertig sein.

Vor dem Hauptausschuß unter dem Vorsitz von Professor Dr. Manfred Dammeyer (SPD) berichtete Bauminister Dr. Michael Vesper (GRÜNE), die Baukosten, die 49,5 Millionen Mark, die der Landtag zur Verfügung gestellt habe, würden nach den bisherigen Planungen unterschritten. Mit der Entscheidung für den Neubau ist auch die Alternative, die Unterbringung der Landesvertretung zur Miete in einem Haus der Westdeutschen Landesbank (WestLB) am Boulevard Unter den Linden in Berlin, vom Tisch. Die neue Landesvertretung wird ihren Eingangsbereich an der Hiroshimastraße im Tiergartenviertel der Hauptstadt haben. Unmittelbare Nachbarn sind die Japanische und die Italienische Botschaft.



Bei der 51. Sitzung des Hauptausschusses: Vorsitzender Professor Dr. Manfred Dammeyer (SPD) und der Chef der Staatskanzlei, Rüdiger Frohn (v. l.).
Fotos: Schälte

Energetisches Konzept

Insgesamt standen vier Entwürfe zur Auswahl, deren Modelle in Kürze in einer Ausstellung im Foyer des Landtags präsentiert werden sollen. Bauminister Vesper erinnerte im Hauptausschuß noch einmal an den Ablauf des Auswahlverfahrens. Das Preisgericht, an dem der Landtag beteiligt gewesen sei, habe vier Modelle ausgezeichnet, eines von dem Büro Büttner-Neumann-Braun Architekten in Berlin, eines des Büros Michael Körner in Weimar, ein weiteres des

Büros Hentrich – Petschnigg & Partner in Düsseldorf sowie das von Petzinka, Pink und Partner. Daraufhin seien die vier Büros gebeten worden, ihre Entwürfe zu überarbeiten. Es habe ein Kolloquium gegeben und eine Sitzung des Preisgerichts ohne formellen Charakter, wo die Architekten ihre überarbeiteten Entwürfe vorgelegt hätten. Auf der Grundlage dieser Überarbeitungen habe die Landesregierung auf ihrer Sitzung von Anfang Mai einmütig bei einer Enthaltung beschlossen, den Entwurf von Petzinka, Pink

und Partner zu verwirklichen, ein Gebäude, das nur aus Glas, Holz und Stahl ohne Beton errichtet werde, mit einem zukunftsweisenden energetischen Konzept, nicht nur wegen der Photovoltaikanlage, sondern auch wegen der gesamten Energieversorgung. Vesper sprach von einem „sehr lichtdurchfluteten Gebäude mit hervorragender Funktionalität“. Er fuhr fort: „Wir haben natürlich auf eines besonders geachtet, daß auch die Abgeordneten, die dann nach Berlin kommen, einen zünftigen Landeskeller vorfinden, in dem sie sich unterhalten können.“ Auch die Zahl der Besprechungsräume sei gegenüber der jetzigen Landesvertretung deutlich ausgeweitet worden, weil ja erfahrungsgemäß gerade die kleinen Räume fehlten. „Wir haben also die Möglichkeit, in der Tat ein sehr funktionales Gebäude zu bekommen“, folgerte Vesper, und er machte noch einmal darauf aufmerksam, der Hauptausschuß habe sich auf seiner letzten Sitzung über Neubau oder Mietung unterhalten. Es klang Erleichterung durch, als er feststellte, das sei damit dann auch entsprechend geklärt worden. Der Minister schloß: „Insofern freue ich mich, daß dieses Gebäude jetzt gebaut werden kann.“



Kritische Fragen der Opposition: Fraktionsvizepräsident Laurenz Meyer und Parlamentarischer Geschäftsführer Heinz Hardt (beide CDU v. r.).

Vier Dolmetscherkabinen

Hauptausschussvorsitzender Professor Dammeyer stellte fest, man habe zwischendurch das Wachsen dieses Projektes miterlebt. Er ergänzte das Spektrum der Informationen zum neuen Haus: „Ich glaube, daß es auch richtig ist, für den großen Konferenzsaal mindestens vier Dolmetscherkabinen einzurichten.“ Denn mit mehreren Sprachen werde man bei einem solchen Gebäude immer arbeiten müssen. e. h.

Die Frage nach dem Selbstverständnis des größten Bundeslandes

Auf der 50. Sitzung des Hauptausschusses am 29. April hatte noch die Frage im Mittelpunkt gestanden, ob sich die Landesregierung für eine Anmietung von Räumlichkeiten im Gebäude der WestLB „Unter den Linden“ entscheiden werde. Staatssekretärin Heide Dörrhöfer-Tucholski (Staatskanzlei) hatte berichtet, daß nach Vorlage der mittlerweile überarbeiteten Architekturentwürfe der vier Wettbewerbsgewinner eine Überprüfung aller Alternativen auf ihre Wirtschaftlichkeit hin durchgeführt werde. Auf die Wirtschaftlichkeitsüberprüfung ging auch Ruth Hieronymi (CDU) ein. Sie wollte wissen, ob es eine solche Überprüfung vor Auslobung des Architektenwettbewerbs gegeben habe. Die Frage der Anmietung stelle sich möglicherweise etwas anders als noch vor zwei Jahren, nachdem der Ministerpräsident hier in Düsseldorf gemietet habe, räumte die Staatssekretärin ein. Der stellvertretende Ausschußvorsitzende Lothar Hegemann (CDU) sowie die CDU-Abgeordneten Werner Jostmeier und Heinz Hardt vertraten die Ansicht ihrer Fraktion, es spräche in Hinsicht auf das Selbstverständnis des größten Bundeslandes einiges dafür, an den Plänen für einen eigenen Neubau in Berlin festzuhalten statt sich in die Abhängigkeit einer Bank zu begeben.

Präferenz mitteilen

Einen anderen Aspekt des Vorgehens der Landesregierung hatte Vorsitzender Professor Dr. Manfred Dammeyer (SPD) angesprochen, nämlich die Frage nach einer Beteiligung sowohl des Hauptausschusses als auch des Parlamentes an der endgültigen Entscheidungsfindung. Wenn die Landesregierung einen anderen als den ursprünglich eingeschlagenen Weg verfolge,



Dialog der Fraktionssprecher: Reinhard Grätz (SPD) und Ruth Hieronymi (CDU), v. r.

Fotos: Schälte

solle auch der Hauptausschuß informiert werden und sich mit den neuen Plänen befassen können. Reinhard Grätz ging davon aus, daß die Landesregierung, wenn sie von der bisherigen einvernehmlichen Meinungsbildung abweiche, wofür es Gründe geben könne, dem Hauptausschuß ihre Präferenz mitteile, so daß der Hauptausschuß erst darüber beraten und seine Präferenz deutlich machen könne. Ein ähnliches Verfahren habe man in bezug auf das Ständehaus angewandt. Staatssekretär Rüdiger Frohn (Staatskanzlei) sagte zu, dem Wunsch des Vorsitzenden nachzukommen. Er habe mit dem Ministerium für Bauen und Wohnen vereinbart, den Verlauf der Diskussion im Hauptausschuß in die nächste Kabinettsvorlage aufzunehmen. V. B.

Deutsche Sprache

Der ehemalige CDU-Landtagsabgeordnete Franz Karl Burgmer aus Bergisch Gladbach, Regionalbeauftragter des Vereins zur Wahrung der deutschen Sprache, hat Anstoß an der unter der Rubrik „Das auch noch ...“ in Landtag intern Nr. 8 veröffentlichten Kurzmeldung einer Äußerung des Vorsitzenden seines Vereins, Prof. Dr. Walter Krämer, genommen. In einem Fax an „Landtag intern“ und seinen Herausgeber, den Landtagspräsidenten, schreibt Burgmer u. a.: „Dieses Zitat ist verkürzt und sinnentstellend gebraucht worden. Krämer gab für den VWDS (Verein zur Wahrung der deutschen Sprache) im Zusammenhang mit der Bekanntgabe der Kandidaten als ‚Sprachpanser des Jahres 1999‘ (u. a. Bahnchef Ludewig, Lufthansachef Jürgen Weber, Bankchef Breuer, VW-Chef Piech) auch die bisherigen Preisträger bekannt (Ron Sommer und Jil Sander).“

In diesem Zusammenhang lautet die Äußerung völlig anders, als von Ihrer Redaktion dargestellt. Sie lautet richtig: „... wir hätten auch diesmal gerne eine Frau auf der Vorschlagsliste gehabt. Aber Sabine Christensen, Ilona Christen, Arabella Kiesbauer u. a. von uns geprüfte Frauen des öffentlichen Lebens reden alle ein recht gutes Deutsch“. Insofern ist das Anliegen unseres Vereins bei Ihrer Redaktion noch nicht recht durchgedrungen, unterstellt sie doch spitzfindig in der in „Landtag intern“ vorgeführten Verallgemeinerung eine überzogene Qualifizierung der Frau gegenüber Männern. Eine Auslegung Ihrerseits, die nicht beabsichtigt war.“

Grundlage für den Zehn-Zeilen-Splitter in „Landtag intern“ vom 11. Mai war eine dpa-Meldung. Abfälligkeiten lagen der Redaktion somit fern. Aus der Agenturmeldung ging hervor, daß Frauen weniger Anglizismen gebrauchen als Männer. „Landtag intern“ hat diese Feststellung ohne Spitzfindigkeit, in dessen mit Sympathie wiedergegeben.



Standpunkt innerhalb der Koalition: Fraktionssprecher Roland Appel und Jamal Karsli (beide GRÜNE), v. l.

Ausschüsse für Verwaltungsreform und Kommunalpolitik klärten Einzelheiten

Kompromiß bei kommunaler Wirtschaft

Die Ausschüsse für Verwaltungsstrukturreform und für Kommunalpolitik schlossen am 2. Juni die Beratungen zum Regierungsentwurf für das 1. Modernisierungsgesetz ab. Die Mehrheit aus SPD und GRÜNEN stimmte dem in einigen Artikeln nach umfangreichen Beratungen und einer zweitägigen Anhörung (Landtag intern 7/ und 8/1999) geänderten Entwurf (Drs. 12/3730) zu, der vom Plenum in der von den Ausschüssen empfohlenen Fassung (Drs. 12/3947) verabschiedet werden soll. Die CDU-Opposition lehnte das Gesetz ab, stimmte aber einigen, auch von ihr beantragten Änderungen zu.

Besonders um die in dem Artikelgesetz beabsichtigte Änderung des Paragraphen 7 der Gemeindeordnung – „wirtschaftliche Betätigung der Kommunen“ – war bis zuletzt gerungen worden. Nach dem Regierungsentwurf sollte es kommunalen Betrieben erlaubt werden, über die Kernaufgabe der Daseinsvorsorge und über ihre Gebietsgrenzen hinaus wirtschaftlich tätig zu werden. Nach massiven Einwänden, vorgetragen in der zweitägigen Anhörung der Ausschüsse Ende April im Landtag und seitens des Handwerks erstmals in einer Demonstration in Düsseldorf, hatte die regierende SPD einen Kompromiß vereinbart, wonach kommunale Betriebe außer bei den Kernreichen Wasser- und Energieversorgung, Nahverkehr und Telekommunikation nur dann wirtschaftlich tätig werden könnten, wenn „andere Unternehmen die Aufgaben nicht besser und wirtschaftlicher“ erfüllen. Am 1. Juni einigten sich SPD und GRÜNE auf einen Änderungsantrag, den ihre Mehrheit im Wirtschaftsausschuß am gleichen Tag annahm (Bericht Seite 17). In der gemeinsamen Sitzung der Ausschüsse für Verwaltungsstrukturreform und Kom-



Einen Großauftrag für den Ausschuß für Verwaltungsstrukturreform bedeutete die Beratung des Entwurfs der Landesregierung für das 1. Modernisierungsgesetz, v. r. Ausschußvorsitzende Renate Drewke (SPD), Innenminister Dr. Fritz Behrens, Staatssekretär Wolfgang Riotte; l.: der Vorsitzende des Ausschusses für Kommunalpolitik, Friedrich Hofmann (SPD).
Fotos: Schälte

munalpolitik am 2. Juni lehnte die CDU die gesamte Neuregelung ab. Ihr Sprecher erklärte, es werde viele rechtliche Auseinandersetzungen geben. Ein Interessenausgleich zwischen den Beteiligten in den Kommunen werde so nicht stattfinden. Ginge es nur darum, die Stadtwerke zu stärken, seien Lösungen schon heute denkbar, ohne das Örtlichkeitsprinzip aufzugeben. Der SPD-Sprecher sagte, die neuen Änderungsanträge würden von den Spitzenverbänden des Handwerks mitgetragen. Der Zusatz beim (kommunalen) Betrieb von Telekommunikationsleitungen „einschließlich der Telefondienstleistungen“ sei notwendig, weil ohne diese Angebote das Netz nur die Hälfte wert sei. Der vom Deutschen Gewerkschaftsbund vorgeschlagene „Branchendialog“ werde es dem Rat erleichtern, das gesamte Konfliktspektrum beurteilen zu können. Der GRÜNE-Sprecher hielt gerichtliche Auseinandersetzungen und Probleme mit Handwerk und Mittelstand für nicht wahrscheinlich, da klare Subsidiarität verankert sei, außer bei den „Kerngeschäften“ Strom, Wasser, Verkehr, Telekommunikation. Die kommunalen Unternehmen würden gestärkt und die Ungleichbehandlung im liberalisierten Energiemarkt beseitigt. Auf einen Einwand der CDU hin ergänzte er, Dienstleistungen in untergeordneter Rolle dürften nicht zum Hauptgeschäft werden. Neue Geschäftsfelder wie zum Beispiel Gebäudemanagement seien ausgeschlossen.

Weitere Klarstellungen: Die Bestellung hauptamtlicher Gleichstellungsbeauftragter in Gemeinden ab 10 000 Einwohnern wird nicht von Ausnahmen nach dem Kommunalisierungsmodell erfaßt. Die Einrichtung eines Ausschusses für Zuwanderung und Integration muß mit dem Ausländerbeirat abgesprochen werden, um die Interessenvertretung der Migrantinnen und Migranten nicht zu schwächen. Bei der Änderung des Schulverwaltungsgesetzes sollte dem Schulträger eine „am allgemeinen Stand der Technik orientierte Sachausstattung“ vorgeschrieben werden. Auf den „Stand der Technik“ sei angesichts der raschen Fortschritte zu verzichten, meinten die Ausschüsse. Eine „angemessene informationstechnische Ausstattung“ sei unverzichtbar. Angemessen sei die Ausstattung, wenn sie die Zielsetzung des staatlich-kommunalen Datenaustauschs erfülle. Beim Rettungsdienst (Artikel 17) wurde beschlossen, privaten Rettungsdiensten einen anerkannten Rettungsassistenten oder -sanitäter vorzuschreiben. Nach dem Entwurf waren Ausnahmen zulässig. Große kreisangehörige Städte sollen weiterhin Träger der Leitstellen bleiben können. Die Notrufaufschaltung der Feuerwehr soll Bestandteil der Leitstellen bleiben. Die CDU-Opposition stimmte 12 der insgesamt 22 Änderungsanträgen der Koalitionsfraktionen in der gemeinsamen Ausschußsitzung zu.



Auch die Kommunalpolitiker des Landtags befaßten sich intensiv mit der Modernisierung der Verwaltung, v. l. Walter Grevener, Jürgen Thulke (beide SPD), Ewald Groth (GRÜNE), Dietrich Thiede, Josef Wilp, Wilhelm Lütke, Franz-Josef Britz (alle CDU).

Verkehrsausschuß radelte im Bürener Land

Dringend nötig, fertig geplant, politisch gewollt Bau der Ortsumgehung aber erst in zehn Jahren

Vor Beginn der Radtour informierte Bürgermeister Menne die Abgeordneten über die Verkehrssituation im staatlich anerkannten Luft- und Kneippkurort Wünnenberg. Wegen des zunehmenden Verkehrs auf der Bundesstraße 480, auch von Lkw-Verkehr und durch Freizeitverkehr am Wochenende, der durch die enge Altstadt führt und ein starkes Gefälle zu überwinden hat, sei die Umgehung B 480 n mit einer 70 Meter hohen und 80 Meter langen Talbrücke und Kosten von 52 Millionen Mark fertig geplant. Alle Fraktionen des Stadtrats und alle Umweltschutzverbände seien mit dieser Planung einverstanden, sagte Menne. Der Bau der Umgehung werde dennoch erst im Jahr 2010 vollendet sein.

Die Radtour, zu der das örtliche Nahverkehrs- und Energieversorgungsunternehmen erstklassige Fahrräder samt Bus und Spezialanhänger gestellt hatte, begann im Ortsteil Bleiwäsche. Von dem früheren Bergbaustandort aus versorgte übrigens das erste kommunale Wasserwerk, gebaut am Anfang des Jahrhunderts, die Gemeinde bis 1978. In der Nähe der höchsten Erhebung, des 480 Meter hohen Schweinskopf, erläuterte Frau Mester vom Heimat- und Verkehrsverein den Radfahrern aus der Landespolitik die frühere Wasserversorgung durch zwei Stollen im freien Fall.

Das Wetter spielte mit, einige dunkle Wolken verzogen sich bald, als die Ausschußmitglieder samt Begleitung aus der Landesverwaltung zur Radtour aufbrachen. Der zuständige Wahlkreisabgeordnete und stellvertretende Ausschußvorsitzende Gerhard Wächter (CDU), der mit dem eigenen Bike und als einziger mit Fahrradhelm radelte, hatte eine „leichte“ Strecke durch das hügelige Bürener Land ausgesucht. An deren Anfang allerdings war eine längere Steigung zu bewältigen, und Vorsitzendem Manfred Hemmer (SPD) ging nach wenigen Kilometern die Luft (am Hinterrad) aus. Bald erreichte die Gruppe das liebliche Tal der Großen Aa, wo GRÜNEN-Sprecher Peter Eichenseher seinem Namen Ehre machte und auch seltene Bäume erblickte. Die Aabach-Talsperre wurde auf einer bei Freizeittouristen sehr beliebten Privatstraße umrundet.

Am Mittagstisch in Wünnenberg begrüßte Hemmer außer dem Landrat einen alten Bekannten, den Leiter des Westfälischen Straßenbauamts, Gerhard Brenski. „Früher hatten wir eine klare Aufgabenstellung, heute ist jede Aufgabe ein Problem“, leitete Brenski seinen Bericht ein und erwähnte auch das Radnetz an 21 Prozent der 424 Kilometer Landesstraßen im Kreis Paderborn. Mit 2,7 Millionen Mark aus dem Landesprogramm für kommunale Radwege seien 58 Kilometer Radwege gebaut worden. „Jeder Radweg vernichtet auch Landschaft“, meinte er, nachdem er die „angebotsweckende Bedarfsplanung“ für zwei Gruppen von Radfahrern erläutert hatte, für touristische Radwege und solche „für schwächere Verkehrsteilnehmer“.

Dann kam er auf das Problem aller Straßenplaner zu sprechen. Derzeitige Planungen des Amtes hätten 41 kleine Maßnahmen mit

Der Verkehrsausschuß informierte sich am 20. und 21. Mai über Probleme des Straßenverkehrs im Kreis Paderborn, verbunden mit einer hervorragend organisierten Radtour durch das Bürener Land, und über die aktuelle Situation am Flughafen Paderborn/Lippstadt. In einer von der SPD beantragten Aktuellen Viertelstunde behandelte der Ausschuß das Urteil des NRW-Oberverwaltungsgerichts zur Genehmigung der Änderung der Betriebsregelung für das Parallelbahnsystem des Verkehrsflughafens Düsseldorf, wonach die Zahl der Flugbewegungen auf 91 000 pro Jahr zu begrenzen und auch bei Unterschreitung der höchstzulässigen Lärmbelastung nicht zu erhöhen ist. Staatssekretär Georg Adamowitsch (Verkehrsministerium) erklärte, die Auswirkungen des Urteils würden von der Landesregierung im Benehmen mit dem Bundesverkehrsminister und vom Flughafenbetreiber zur Zeit noch geprüft.



Mützen mit Tourismus-Werbung statt Sicherheitshelm und leichtgängige Fahrräder gab es für den Verkehrsausschuß in Wünnenberg-Haaren für die Radtour im Kreis Paderborn.

einem Gesamtvolumen von 15,4 Millionen Mark zum Inhalt. 1998 seien aber nur 520 000 Mark zugewiesen worden. Das bedeute: Derzeitige Planungen reichten für die nächsten 30 Jahre aus. Ministerialdirigent Dr. vom Rath (NRW-Verkehrsministerium) wies auf die allen bekannte, haushaltsmäßig „gedeckelte“ Bedarfsplanung und die langwierigen Umweltverträglichkeitsprüfungen hin. GRÜNE-Sprecher Eichenseher enthüllte das Einverständnis seiner Fraktion mit der Neubaumaßnahme Ortsumgehung, die aber schneller als in zehn Jahren umzusetzen sein müsse. Vorsitzender Hemmer (SPD) sorgte sich um das Finanzloch für die Erhaltung der Landesstraßen und hielt notfalls sofortige Enteignungen für nötig, wenn Grundbesitzer den Flächenwerb eigennützig behinderten. Der Ortsvorsteher sagte, in der Bevölkerung sei nicht mehr vermittelbar, daß der Baubeginn beim fertigen Planungsstand erst in zehn Jahren erfolgen solle. CDU-Sprecher Günter Langen sah auch hausgemachte Probleme zwischen Umwelt- und Verkehrsministerium. Weiter ging's zum „Wasserplatz“, wo die Teilnehmer eine Mütter- und Kinder-Initiative erwartete. Die Geschwindigkeit solle auf 30

Stundenkilometer begrenzt und/oder eine „Querungshilfe“ gebaut werden, verlangten sie, damit Kinder aus der Siedlung den Spielplatz jenseits der „Rennstrecke“ gefahrlos erreichen könnten.

In der renovierten Klosterkirche Dalheim stellte Bürgermeister Müller die Ortsgeschichte und die großflächige Gemeinde Lichtenau vor. Nach einer weiteren wunderschönen Strecke erreichten die radelnden Gäste über Husen den Ortsteil Atteln. Nur ein paar Unentwegte quälten sich dann einen langen Aufstieg nach Wünnenberg-Haaren zurück. Jagdhornbläser sorgten am sommerlichen Abend am Rande von Gesprächen der örtlichen mit den Landespolitikern vor „Wächters Jagdhütte“ zusammen mit musikalischen Kollegen und Referenten für volkstümliche Unterhaltung. Am Flughafen Paderborn/Lippstadt trugen zwei Sprecher des „Vereins Fluglärm-belästigung Niedertorndorf“ dem Verkehrsausschuß vor Beginn der eigentlichen Sitzung ihre Bedenken gegen zunehmenden, „fast planmäßigen“ Nachtflug vor. Flughafen-Geschäftsführer Fritz Henze ging später in seinem Situationsbericht mit Zahlen darauf
(Fortsetzung auf Seite 8)



Landes- und örtliche Politiker bei einer Bürgerinitiative für Tempo 30 auf einer ausgebauten Straße zwischen einer Siedlung und einem Kinderspielfeld.

Verkehrsausschuß ...

(Fortsetzung von Seite 7)

ein: 1998 habe es 1838 Nachtflüge gegeben, davon die Hälfte zwischen 22 und 23 Uhr, zwischen Mitternacht und 5.00 Uhr (nur) 150 Flüge. Auf die freiwillige Selbstbeschränkung des Flugverbots von Mitternacht bis 5.00 Uhr könne der Flughafen nicht verzichten, ergänzte der Vorsitzende des Aufsichtsrats, Landrat Reinold Stücke.

Der Flughafen Paderborn/Lippstadt wurde als „Wachstumsmarkt“ an einem Idealstandort („auf der grünen Wiese“) vorgestellt, der von der Expo 2000 in Hannover profitieren, dann aber wieder „normale“ Zuwächse verzeichnen werde. Die Fluggast-Zuwächse würden nicht durch mehr Flugbewegungen, sondern durch größere Flugzeuge aufgefangen. Dafür sollten die Start- und Landebahn verlängert, die Mittellinienbefahrung, ein Parkhaus gebaut und die Flugsicherungsanlagen erneuert werden. Drei tägliche Linienverbindungen nach Amsterdam, München und Frankfurt seien ein sehr gefragtes Angebot für die Wirtschaft. Zuwächse kämen vor allem vom Tourismus. Ziele auf den Kanarischen Inseln und auf den Balearen nonstop anzufliegen, sei vernünftig, da vor allem diese Flüge für (nächtliche) Verspätungen sorgten.

Vor diesem Erfolgsbericht hatten die Fraktionen in einer von Heinrich Hunger (SPD) beantragten Aktuellen Viertelstunde zum Gerichtsurteil Flughafen Düsseldorf Fragen und Forderungen an die durch Staatssekretär Adamowitsch vertretene Spitze des Verkehrsministeriums gerichtet. Hunger: Der wichtigste internationale NRW-Flughafen drohe abgehängt, seine Arbeitsplätze drohen vernichtet zu werden. Heinz Hardt (CDU): Erstmals seit Kriegsende habe die Lärmbelastigung der Bevölkerung einem Gericht als Argument für ein Urteil gedient. Mit der Lärmkontingentierung habe der Landtag 1992 keine Kapazitätsausweitung beschlossen. In Düsseldorf seien zu 90 Prozent geräuschärmere Flugzeuge in Betrieb. Ein neues Planfeststellungsverfahren sei notwendig, das sensibler gehandhabt und mit der Bürgerschaft besprochen werden solle. Günter Langen (CDU): Die Opposition sei beim Ausbau des NRW-Luftverkehrs voll mit der SPD einig. Peter Eichenseher (GRÜNE):

Der Grundsatz dieser Lärmkontingentierung sei falsch und die Auslegung „bar jeder Rechtsgrundlage“ gewesen. Der technische Fortschritt („leiseres“ Gerät, Anm. d. Red.) dürfe nicht nur den Unternehmen, sondern müsse auch der Bevölkerung zugute kommen. Vor allem im Tagesbereich hätten Düsseldorf und Köln/Bonn noch freie Kapazitäten.

Staatssekretär Adamowitsch antwortete auf Fragen der Abgeordneten, auch nach ersten „offensiven“ Äußerungen von Minister Steinbrück, zu Zweifeln an der Sorgfalt der Genehmigungsverfahren gebe es keinen Anlaß. Eine „falsche“ Genehmigung sei nicht erteilt worden. Die Betriebsgenehmigung von 1997 gelte nun nicht mehr. Die Folgen und (neue) luftrechtliche Anträge würden sorgfältig geprüft und beraten. Im übrigen dürfe die wirtschaftliche Bedeutung des Flughafens Düsseldorf nicht nur an der Zahl der Slots und der Arbeitsplätze gemessen werden, vielmehr komme es vor allem auf die Wertschöpfung an, die von dem Flughafen ausgehe.

Europäischer Rat:

Schnelle Einigung über Präsidenten ein großer Erfolg

Die Ergebnisse des Sonderrates der Staats- und Regierungschefs am 24./25. März in Berlin, die Probleme des grenzüberschreitenden Gewerbeverkehrs Aachen-Heerlen, die Umsetzung von EG-Richtlinien zum Gewässerschutz und ein Antrag der CDU-Fraktion standen auf der Tagesordnung der Sitzung des Ausschusses für Europa- und Einwelt-Politik am 10. Mai.

Der Chef der Staatskanzlei, Staatssekretär Rüdiger Frohn, berichtete den Ausschußmitgliedern, daß sich der Europäische Rat während des Gipfels auf das Verfahren zur Ernennung der neuen Kommission geeinigt habe. Danach soll das Europäische Parlament bereits in seiner letzten Plenarsitzung

vor der Europawahl am 13. Juni seine Zustimmung zur Ernennung des ehemaligen italienischen Ministerpräsidenten Romano Prodi erteilen. Es wird dann die Aufgabe des neu gewählten Europäischen Parlaments sein, die restlichen Mitglieder der neuen Kommission anzuhören und zu ernennen. Staatssekretär Frohn wies auch darauf hin, daß sich die neue Kommission im Januar 2000 noch einmal für ihre reguläre Amtszeit, für die Jahre 2000 bis 2004, dem Votum des Parlaments stellen muß. Wichtig für die Bewertung des Gipfels sei jedoch, daß sich die Staats- und Regierungschefs so schnell auf einen neuen Kommissionspräsidenten geeinigt haben. Dies sei als enormer Erfolg zu werten.

Das zweite wichtige Ergebnis dieses Gipfels, die Verabschiedung der „Agenda 2000“, die alle zentralen Politiksektoren der EU berühre, habe auch Auswirkungen auf Nordrhein-Westfalen, so der Chef der Staatskanzlei. Zentrale Themen für das Land seien die Neuordnung der Struktur- und Agrarpolitik. Besonders im Bereich der Strukturpolitik bleibe trotz einiger Kürzungen der strukturpolitische Handlungsspielraum des Landes im Kern erhalten.

Staatssekretär Dr. Griese vom Landwirtschaftsministerium erklärte, daß besonders die Milchbauern durch die Reformen mit Einkommensverlusten rechnen müßten, obwohl die Milchquotenregelung bis zum Jahr 2006 erhalten bleibe. Es wurde bei den Verhandlungen versucht, weitere Einkommenseinbußen der Landwirte möglichst zu kompensieren. Die „Agenda 2000“ habe aber zur Folge gehabt, daß die Bereiche Aachen/Euskirchen und Paderborn/Höxter aus der EU-Förderung für den ländlichen Raum herausgefallen seien. Für die weitere Entwicklung der europäischen Landwirtschaft seien jetzt die WTO-Verhandlungen ausschlaggebend, die die Regeln des Weltmarkthandels neu definierten.

Staatssekretär Frohn berichtete den Ausschußmitgliedern auch über die Probleme des grenzüberschreitenden Gewerbeverkehrs Aachen-Heerlen. Vom juristischen Standpunkt aus stelle sich die Frage nach der Art der Rechtsgrundlage für die Firmen, die sich innerhalb dieses Gewerbeverkehrs ansiedeln wollten. Es bestehe jetzt die Möglichkeit für die Unternehmen, zwischen der deutschen und der niederländischen Rechtsgrundlage zu wählen. Nach einer anfänglichen Festlegung soll ein Wechsel der Behörden jedoch ausgeschlossen sein, damit sich die Firmen nicht „die Rosinen aus den niederländischen und deutschen Vorschriften herauspicken“. Um den Gewerbeverkehr realisieren zu können, müsse allerdings ein Abkommen mit Staatsvertragscharakter zwischen den beteiligten Parteien geschlossen werden. Hier gebe es noch einige Hürden zu überwinden, so der Staatssekretär.

Ein Vertreter des Umweltministeriums erklärte, daß die drohenden Klageverfahren wegen Nichtumsetzung bestimmter EG-Richtlinien zum Gewässerschutz abgewendet seien. Der Bundesrepublik, und im Zuge des föderalen Staatsaufbaus auch dem Land Nordrhein-Westfalen, drohe kein Klageverfahren mehr in diesem Bereich.

Der Antrag der CDU-Fraktion zum Thema „Viel europäisches Porzellan durch Bonner Koalition zerschlagen“ wurde, gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, mit den Stimmen der Vertreter der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/GRÜNE, abgelehnt.

Mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ist der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Fraktion, Herbert Reul (M.), ausgezeichnet worden. Landtagspräsident Ulrich Schmidt (r.) überreichte den vom Bundespräsidenten verliehenen Orden in einer Feierstunde im Landtag im Beisein von Reuls Ehefrau Gundula (l.) und CDU-Fraktionschef Laurenz Meyer (hinten). Der Präsident sagte in seiner Laudatio, Herbert Reul habe als gelernter Studienrat seit seinem Einzug in den Landtag dem Ausschuß für Schule und Weiterbildung als ordentliches Mitglied angehört und sei bis Ende der 11. Wahlperiode zugleich bildungspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion gewesen. Doch erstreckte sich sein Engagement bis heute auch auf weitere zahlreiche Ausschüsse und Gremien. Seit 1990 sei er stellvertretender Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion und ordentliches Mitglied im Ältestenrat. Der Präsident würdigte dann die vielen Jahre kommunal- und parteipolitischer Aktivitäten. Bis 1992 habe er dem Rat der Stadt Leichlingen angehört. Seit 1987 wirke er im Landesvorstand der CDU-NRW mit. Heute sei er Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes des Rheinisch-Bergischen Kreises. In seiner Funktion als Generalsekretär der CDU Nordrhein-Westfalen seit 1991 vertrete Herbert Reul die Belange der Bevölkerung mit großem Engagement und Sachverstand weit über seinen Wahlkreis hinaus. Seinem Arbeitsschwerpunkt, der Schulpolitik, werde Herbert Reul seit 1995 im Amt des Vorsitzenden des Bundesfachausschusses Bildung, Forschung und Kultur der CDU in besonderer Weise gerecht. Der Landtagspräsident schloß: „Seine ehrenamtlichen, kommunal- und landespolitischen Tätigkeiten sind gekennzeichnet durch persönlichen großen und dauerhaften Einsatz und durch eine außergewöhnliche Pflichterfüllung.“

Foto: Schälte



Europaausschuß befaßte sich mit EU-Gipfel der Staats- und Regierungschefs

Die Tagung des Europäischen Rates der Staats- und Regierungschefs aller 15 EU-Mitgliedstaaten am 2./3. Juni in Köln stand im Mittelpunkt der vergangenen Sitzung des Ausschusses für Europa- und Eine-Welt-Politik. Staatssekretär Frohn erläuterte, daß die zentralen Themen der Kosovo-Krieg und die Stärkung der sicherheits- und verteidigungspolitischen Identität der Europäischen Union sein werden. Des weiteren werde über den von der Bundesregierung initiierten „Europäischen Beschäftigungspakt“ sowie über die Festlegung eines Verfahrens für eine weitere Regierungskonferenz zur Fortentwicklung der Europäischen Union diskutiert. Ein zusätzliches Ergebnis werde voraussichtlich die Verabschiedung einer sogenannten „Rußland-Strategie“ der EU sein.

Besonders im Hinblick auf die institutionellen Reformen, die durch die neue Regierungskonferenz vorangebracht werden sollen, seien Länderinteressen elementar betroffen, so der Staatssekretär. Da bei den Verhandlungen zum Amsterdamer Vertrag nicht alle institutionellen Fragen gelöst werden konnten, soll jetzt eine weitere Regierungskonferenz die Union für die kommende Osterweiterung fit machen. Bei den zu lösenden Problemen handele es sich beispielsweise um die künftige Zusammensetzung der Kommission und hier besonders um die Festlegung der Anzahl der Kommissare, die ein Mitgliedstaat in die Kommission entsenden darf. Nachgedacht werden soll auch über eine Veränderung der Stimmgewichte und die Ausweitung von Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat. Die deutschen Länder seien unmittelbar von diesen möglichen Veränderungen be-

(Fortsetzung Seite 17)

Opposition schlägt Abhilfe bei Härtefällen vor

Neues Reisekostenrecht soll die Erstattungsregelungen an Rhein und Ruhr gerechter machen

In der von Volkmar Klein (CDU) geleiteten Sitzung ging es unter anderem um die Steuereinnahmen des Landes im 1. Quartal 1999, die auf Bundesebene geplanten Steuerrechtsänderungen, den Neubau der Landesvertretung NRW und die bisherigen Erfahrungen mit dem neuen Reisekostenrecht. Außerdem nahm der Ausschuß den Schuldenstand des Landes zum 31. März 1999 zur Kenntnis und stimmte als mitberatender Ausschuß über das 1. Modernisierungsgesetz (Drucksachen 12/3730 und 12/3770) ab.

Staatssekretär Gerlach (Finanzministerium NRW) betonte bei seinem mündlichen Bericht, mit dem neuen Reisekostenrecht sei es nicht darum gegangen, Kosten zu Lasten der Beschäftigten zu sparen, sondern die Erstattungsregelungen gerechter zu machen und Regelungen abzuschaffen, die so nur noch in NRW gegolten haben. Über einzelne Punkte müsse jedoch noch weiter geredet werden. Für Ende des Jahres sei ein Erfahrungsaustausch mit kommunalen Vertretern vorgesehen. Für diese Beratungen solle ein Erfahrungsbericht erarbeitet werden.

Neubau der Landesvertretung

Helmut Diegel (CDU) schlug vor, daß alle Landtagsfraktionen gemeinsam versuchen sollten, bei Härtefällen Abhilfe zu schaffen. Erwin Siekmann (SPD) betonte, seine Fraktion habe in Gesprächen festgestellt, daß es zum Landesreisekostengesetz noch in einigen Punkten weiteren Prüfungsbedarf gebe. Die SPD-Fraktion wolle die Erfahrungsberichte aus den Ministerien in diesem Jahr erhalten, um gegebenenfalls notwendige Änderungen noch vor der Landtagswahl beschließen zu können.

Vorsitzender Volkmar Klein stellte fest, daß sich der Haushalts- und Finanzausschuß wieder mit der Problematik beschäftigen werde, wenn die Erfahrungsberichte vorliegen. Zum geplanten Neubau der Landesvertretung NRW in Berlin führte Staatssekretär Gerlach aus, für den Bau seien Mittel in Höhe von 49 Mio DM vorgesehen. Das Kabinett habe den Bauminister und den Finanzminister beauftragt, eine Vergleichsberechnung anzustellen, ob Kauf oder Miete für das Land günstiger ist. Diese Berechnung habe eine etwas bessere Position für einen Neubau ergeben.

Auf die Frage von Dr. Stefan Bajohr (GRÜNE) nach der Verwendung der NRW-Vertretung in Bonn wurde erklärt, sie solle unter Berücksichtigung des restlichen Raumbedarfs in Bonn – einige Bundesministerien ziehen nicht nach Berlin um – verkauft oder vermietet werden.

Plus bei Einnahmequellen

Die Steuereinnahmen im I. Quartal wiesen eine positive Tendenz auf, hob Staatssekretär Gerlach hervor. So flossen in den ersten drei Monaten des Jahres knapp 16 Milliarden Mark in die Kassen des Landes, 5,4 Prozent mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. Dabei war ein deutliches Plus bei den wichtigsten Einnahmequellen des Staates, der Lohn- und Umsatzsteuer mit 6,8 und 15,7 Prozent Wachstum zu verzeichnen. Der Trend des I. Quartals könne jedoch nicht unkorrigiert fortgeschrieben werden, da sich auch Sondereffekte bei der Kapitalertragsteuer durch Vorschriften des Körperschaftsteuerrechts ausgewirkt hätten. Allerdings könne der Steueransatz des Jahres 1999 im Entwurf des Nachtragshaushalts um 300 Millionen Mark erhöht werden.

Silvia Winands

PUA Forensik hört JVA-Leiter aus Geldern als Zeugen an

„Bei manchen Gefangenen fragt man sich, was sie im Strafvollzug zu suchen haben“

Interessante und erstaunliche Ausführungen, die teilweise in Gegensatz zu dem bisher vor dem Ausschluß Gesagten standen, steuerte der Leiter der Justizvollzugsanstalt (JVA) Geldern, Ulrich Hötter (59), nach Ansicht von Edgar Moron (SPD), dem Vorsitzenden des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses I (PUA I) bei seiner Vernehmung im vergangenen Monat zum Untersuchungsgegenstand Forensik in NRW bei. Hötter war als Zeuge geladen worden, um an der Schnittstelle zwischen Maßregelvollzug und Strafvollzug die Problemlage zu schildern.

Zu Beginn der Vernehmung wollte der Vorsitzende Moron wissen, welche Probleme mit Strafgefangenen auftauchen, die rechtskräftig zur Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus oder in einer Entziehungsanstalt verurteilt worden sind, die aber wegen fehlender Plätze im Maßregelvollzug (MRV) für eine gewisse Dauer im Strafvollzug verblieben. Der JVA-Leiter schätzte, daß es sich dabei pro Jahr um drei bis vier unter den 580 männlichen erwachsenen Strafgefangenen handele, die in der JVA Geldern einsitzen. Diese Gefangenen müßten wie andere Strafgefangene behandelt werden, es gebe in Geldern keine Möglichkeit, sie zu therapieren, bestenfalls durch Medikamente. Der Anstaltsarzt sei kein Psychiater, fügte Hötter hinzu und erklärte, nur bei fremdaggressiven und sehr lauten Männern ergäben sich besondere Sicherheitsprobleme, denen man dadurch zu begegnen suche, daß man diese Person dann vom übrigen Haftbereich separiere und in einer Zelle unterbringe, die mit einer zusätzlichen Gittertür versehen sei – zur Sicherheit des Wachpersonals. Auf das Verhältnis zwischen „normalen“ und psychisch gestörten Straftätern angesprochen, antwortete Hötter: „Wenn es

möglich ist, integrieren wir sie, und zwar auf den Abteilungen“, die in Geldern 56 Plätze umfaßten. Im Regelfall würden diese Leute in einem Einzelhafttraum untergebracht und durch Arbeit, aber auch durch Sport und andere Freizeitmaßnahmen einzubinden versucht. Natürlich werde auch in Gesprächen mit den Bediensteten eine Behandlung unternommen, der Psychologische und der Soziale Dienst trügen ebenso dazu bei.

Das Klima in der JVA Geldern sei einigermaßen günstig, erklärte der Zeuge im weiteren Verlauf seiner Aussage. Es gebe da einige Sondereinrichtungen, nämlich Studienzentrum und Berufsbildungszentrum, und sehr viele gutwillige Gefangene, die zur Integration von Insassen beitragen, die mitunter als therapiefähig und therapieunwillig angesehen würden. Er, Hötter, gehe, obwohl er den Maßregelvollzug nicht kenne, davon aus, „daß bei uns die Lebensumstände besser sind“.

Auf die Abfolge von MRV und Strafvollzug angesprochen, teilte der Zeuge seine „ganz persönliche“ Meinung mit: „Ich bin der Auffassung, im Regelfall sollte erst der Maßregelvollzug kommen und dann der Strafvollzug. Das ist einfach eine Erfahrungstatsache, denn vielfach merkt man sehr deutlich, daß Leute gar nicht in den Strafvollzug gehören. Da wundert man sich, daß die Richter überhaupt noch eine Strafe ausgesprochen haben.“ Die würden eher in die Psychiatrie gehören, weil schon in der Gerichtsverhandlung deutlich geworden sei, daß sie etwa unter Schizophrenie litten.

Mit MRV-Patienten, die nach Eintreten des therapeutischen Effekts zur Verbüßung der Reststrafe in die JVA zurückkämen und als nicht therapierbar eingestuft würden, habe man recht gute Erfahrungen gemacht (Hötter: „Bei uns liefen sie, ich sage einmal, wie

am Schnürchen“). Das sei zwar erstaunlich, aber so verhalte es sich – das ließ den PUA-I-Vorsitzenden Moron zur der Feststellung kommen: „Uns wurde bisher immer das Gegenteil erzählt. Verblüffend!“

Auf der anderen Seite gebe es, der Zeuge schätzte ihre Zahl auf fünf bis sechs, aus seiner Sicht Strafgefangene, die nicht im Strafvollzug, sondern im MRV sein sollten; die eigentlich gar nicht in den Strafvollzug gedurft hätten. Hötter: „Wir können da nichts machen, wir müssen es in Kauf nehmen.“ In Geldern habe man zwei Möglichkeiten per Arbeitstherapie, im Garten und in der Holzverarbeitung, diese Männer zu beschäftigen. Das sei dann so eine „beschützte Werkstatt“, zumal es dort ein paar Gefangene gebe, „die bei uns den Holzberuf erlernt haben, die aber auch ein gutes Händchen im Umgang mit solchen gestörten Leuten haben“. Im übrigen habe man viele als nicht therapierbar geltende Gefangene, die in die JVA gekommen seien, in eine Berufsausbildung nehmen können. Überhaupt müsse man bei denen, die in eine Therapie gingen, Geduld haben. Sicher sei es eine Erfahrung, daß zwei Drittel eine solche Therapie abbrächen: „Es ist aber auch eine Erfahrungstatsache, daß eine Therapie dreimal gemacht werden muß, erst beim dritten Mal klappt es.“

Der PUA-I-Vorsitzende Edgar Moron (SPD) zum Schluß: „Interessante Ausführungen. Vielen Dank.“

Weitere Zeugen

Der Landschaftsausschuß der Landschaftsversammlung Rheinland hat sich mit einer gemeinsamen Erklärung zur Entwicklung eines Ausbauprogramms für den Maßregelvollzug durch die Landesregierung an die Mitglieder des Landtags gewandt.

Darin wird für den rheinischen Landes- teil ein Ausbau der MRV-Kapazitäten von derzeit 567 auf mindestens 800 Betten gefordert, wobei auch neue Standorte zu berücksichtigen seien. Die erforderlichen Mittel in Höhe von etwa 175 Millionen Mark seien, vom Land über mehrere Jahre verteilt, bereitzustellen. In der Erklärung wird zudem verlangt, daß beim Ausbau neben den Kriterien, die der Landschaftsausschuß in einem Beschluß Ende März dieses Jahres niedergelegt habe, auch die Verzahnung von Allgemeinpsychiatrie und Forensik zu beachten sei.

Für den PUA I (Forensik) schließt sich der Kreis der Zeugenvernehmungen. Nachdem sie zu Beginn der Untersuchungstätigkeit bereits vom Ausschluß angehört worden sind, sollen die beiden ehemaligen nordrhein-westfälischen Gesundheitsminister Dr. Axel Horstmann und Franz Müntefering (beide SPD) als voraussichtlich letzte Zeugen am 22. Oktober ein weiteres Mal aussagen. Zudem plant der Ausschluß in der nächsten Zeit eine Besichtigung der Rheinischen Kliniken Langenfeld wegen des dort verwirklichten Therapiekonzepts und der Patientenstruktur dieser Einrichtung des Landschaftsverbands Rheinland.



Der Vorsitzende des PUA I, Edgar Moron (SPD, Mitte), flankiert von seinen Assistenten Oberstaatsanwalt Emil Brachthäuser (l.) und Frank Schlichting (r.). Foto: Schälte

In der Stadt Graz geht man gezielt auf die jugendlichen Mitbürger zu

Unter der Leitung der Ausschußvorsitzenden Annegret Krauskopf (SPD) hat sich eine Kommission des Ausschusses für Kinder, Jugend und Familie in Österreich und Italien über aktuelle kinder- und jugendpolitische Projekte in den Städten Graz und Wien sowie in der Region Emilia Romagna informiert.

In Graz, der Stadt mit der geringsten Jugend Arbeitslosigkeit in Europa, hatte die Kommission Gelegenheit, verschiedene Formen der Jugendarbeit, der Schulsozialarbeit sowie der Jugendmitteilungsprogramme kennenzulernen. Obwohl es auch in der Steiermark einen hohen Ausländeranteil (rund 70 Prozent türkische Jugendliche) und Armut gibt, verzeichnet die offene und mobile Jugendarbeit große Erfolge mit ihrem Ansatz, auf die Jugendlichen zuzugehen.

Die Stadt Graz gilt aufgrund ihrer Projekte europaweit als positives Beispiel für erfolgreiche Prävention. Das liegt an dem Mosaik von Initiativen, das bedarfsorientiert vom Jugendamt auf der Grundlage einer umfassenden Studie „Gewalt in der Stadt“ aufgebaut, erweitert und ergänzt wurde. In dieser Studie war Zusammenwirken von Verwaltung, Exekutive und freiwilligen Hilfsorganisationen ein wichtiges Thema.

Das Jugendamt Graz setzte die Erkenntnisse in Aktivitäten zur Spielplatzmitgestaltung, Einsatz von Spielbussen, Abenteuerspielplätze für Kinder und aufsuchende stadtteilorientierte Jugendarbeit für Jugendliche um. Die Grazer Jugendarbeit versucht, Brennpunktarbeit dort zu leisten, wo sich die Jugendlichen regelmäßig treffen. Die Mitarbeiter des Jugendamtes bemühen sich gemeinsam mit den Jugendlichen, einen geeigneten Platz zu finden, der die Wünsche der Jugendlichen realisieren kann.

Statt der herkömmlichen Jugendgemeinderatssitzung wurde in Graz ein europaweit einzigartiges Jugendmitteilungsmodell mit dem Namen „Grazy“ gestartet. Dazu wurden ein paar Tausend Jugendliche (per Zufalls-generator vom Computer) ausgesucht und vom Jugendamt zu einer Ideenbörse eingeladen. Mehr als 200 Jugendliche nahmen teil und haben dazu beigetragen, daß ein Skaterpark, eine ämterübergreifende Arbeitsgruppe für jugendrelevante Angelegenheiten und ein Jugendsorgentelefon eingerichtet wurden.

Der große Erfolg in der Jugendarbeit der Stadt Graz resultiert wesentlich aus der guten Zusammenarbeit mit der Exekutive. Die Kooperation mit der Kripo, dem Gaststätten-gewerbe oder der Verkehrsabteilung und allen anderen beteiligten Stellen erstreckt sich über Einzelfälle hinaus auch auf konzeptive Maßnahmen, etwa die bei der Polizei eingesetzten Kontaktbeamten zur Kriminalitätsprävention. Diese Beamten gehen in Schulen und Kindergärten, um Schwellenängste ab- und Vertrauen aufzubauen.

Eine Besonderheit hat Österreich und damit auch die Steiermark zu bieten, das Gewaltschutzgesetz, beziehungsweise Sicherheitsgesetz. Es wurde 1989 beschlossen, um den Kampf gegen Gewalt in der Familie zu intensivieren. So sind die Chancen einer Frau, sich psychisch und sozial aus einer Gewaltbeziehung zu befreien, wesentlich vom Vorhandensein unterstützender Einrichtungen abhängig. Das Sicherheitsschutzgesetz gibt der Polizei das Recht, den Aggressor für sein Verhalten verantwortlich zu machen und aus dem Familienverband zu entfernen. Dies ge-

schieht im Wege einer „Wegweisung“, die die Polizei bis zur Dauer von einer Woche aussprechen kann und bietet den Vorteil, daß die Opfer (in den meisten Fällen sind es Ehefrauen und Kinder) in der Wohnung bleiben können und nicht in Frauenhäuser flüchten müssen.

In der österreichischen Hauptstadt Wien informierte sich die Kommission über Jugendförderung, Jugendsozialarbeit, Jugendwohlfahrt, internationale Programme und nationale Familienpolitik. Die Vertreterinnen und Vertreter des dortigen Ministeriums für Umwelt, Jugend und Familie erläuterten die Partizipationsmöglichkeiten von Jugendlichen und stellten laufende Projekte und Initiativen vor. Grundlage dieser Aktivitäten ist eine Untersuchung des Jugendinstituts Wien über die Kommunikationsformen der Jugendlichen, die sich auch in Kleidung, Musik, Stilen und Szenen manifestiert. Die persönlichen Gespräche der Kommunalpolitiker mit den Jugendlichen tragen dazu bei, die Dialogbereitschaft zu fördern. Unter dem Stichwort „personal politics“ werden Kontakte aufrecht erhalten und die Dialogbereitschaft der Jugendlichen gefördert.

Das politische Engagement der Jugendlichen zeichnet sich auch an der ungewöhnlichen Beteiligung an den Gemeinderatswahlen in Höhe von 95 Prozent ab. Die Jugendlichen sind bereits frühzeitig in ver-

le Dienste, zum Beispiel Elternbildung, Verstärkung der aufsuchenden Sozialarbeit (streetwork), Einrichtung von Notschlafstellen sowie die Verbesserung der Angebote für die altersgerechte Betreuung von Kindergarten-gruppen.

Jugendfürsorge und Mutterschaftsfürsorge sind gesetzlich vorgeschriebene Aufgaben. Insgesamt ist der Auftrag des Gesetzes jedoch mehr an den niederschweligen Angeboten für Jugendliche und den Familien ausgerichtet, orientiert an einer Vernetzung zwischen Fachlichkeit und Politik.

Die nordrhein-westfälische Kommission informierte sich über interkulturelle und integrative Projekte für Migrantinnen und Migranten. Das Stadtteilprojekt „REBAS“, als regionale Beratungsstelle für ausländische Schülerinnen und Schüler initiiert, wurde von den Jugendlichen mit großem Erfolg angenommen. Zielgruppe dieses Projektes sind ausländische Schülerinnen und Schüler bis zum 19. Lebensjahr und deren Eltern. Durch die enge Zusammenarbeit zwischen Bezirksstellen und Senat konnten nicht nur die schulische Betreuung dieser Jugendlichen, sondern auch durch Beratung entsprechende Hilfen zur Ausbildungs- und Jobsuche im Schulbezirk vermittelt werden.

Ein Gespräch über die österreichischen Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit beendete den Aufenthalt der Kom-



Vor den Türmen der steirischen Hauptstadt Graz (v. l.): Botschaftsrat Überbach, Josef Wilp (CDU), Bürgermeister Stingl, Ausschußvorsitzende Annegret Krauskopf (SPD), Stadträtin Tatjana Kaltenbach und Bernd Flessenkemper (SPD).

Foto: Hohlmann

schiedenen Vereinen aktiv. Es sei festzustellen, daß das politische Engagement der Jugendlichen im wesentlichen von dem damit für sie verbundenen „Funfaktor“ abhängt.

Schwerpunkte der Familien- und Jugendarbeit in Österreich liegen in der Kinderschafreform, der Scheidungsreform, dem Gewaltschutzgesetz und dem Sexualstrafrecht. Es wird angestrebt, das Strafmaß bei sexuellem Mißbrauch von fünf auf zehn Jahre zu erhöhen. Das Volljährigkeitsalter soll von 19 auf 18 Jahre gesenkt werden. Änderungen der Unterhaltsgesetze sollen das Selbstbestimmungs- und Verweigerungsrecht des Kindes stärken.

Die Jugendförderung in Österreich ist Ländersache. Im Gegensatz zu NRW besteht in Österreich kein Anspruch auf einen Kindergartenplatz. Die Aufnahmekriterien von Kindern in Kindergärten werden jeweils von den Ländern und Trägern selbständig geregelt. Vorrang hat auch hier der Bildungsaspekt sowie Sozialkriterien.

Das Jugendwohlfahrtsgesetz ist eine weitere gesetzliche Grundlage der Jugendpolitik Österreichs. Schwerpunkte sind neben der Professionalisierung von Fachkräften die Erweiterung des Angebotsspektrums für Sozia-

mission in Wien. Hier war die Quote im vergangenen Jahr 5,3 bei den männlichen und 6,3 Prozent bei den weiblichen Jugendlichen. Um die Jugendarbeitslosigkeit zu senken, wurden Erleichterungen in der Lehrlingsausbildung für die Betriebe und die Ausbilder geschaffen. In den letzten beiden Jahren wurden außerdem 45 neue Lehrberufe geschaffen, aus denen 5 000 neue Lehrverhältnisse hervorgingen.

Das Jugendausbildungssicherungsgesetz stellt ein Auffangnetz für ca. 4 000 Jugendliche dar, wovon 2 500 Ausbildungsplätze für Berufslehrgänge und 1 500 Plätze für Lehrlingsstiftungen angeboten werden. Die Lehrlingsoffensive umfaßt unter anderem die Fortführung der Aktivitäten zur Schaffung moderner Lehrberufe, eine Lehrlingshotline, spezielle Werbekampagnen in Printmedien sowie aktive Aquisition von Lehrstellen in neuen Berufen. (wird fortgesetzt)

CDU hat Vorbehalte gegen Vorschriften zur Schulentwicklungsplanung

Mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU hat der Ausschuß für Schule und Weiterbildung am 19. Mai unter Vorsitz von Heinrich Meyers (CDU) den Antrag der Koalitionsfraktionen „Lehrerbildung reformieren – Bezug zur Berufspraxis stärken“ (Drs. 12/3814) verabschiedet. Die Landesregierung wird darin aufgefordert, ein neues Konzept für die Reform der Lehrerbildung vorzulegen und ihre Vorschläge an einem Katalog von zwölf Eckpunkten zu orientieren.

Dazu erklärte Manfred Degen (SPD), der Bezug zur Berufspraxis müsse künftig von Beginn des Studiums an hergestellt werden. Theoretische und schulpraktische Studien müßten systematisch miteinander verknüpft werden. Die Resonanz aus vielen Zuschriften von Lehrerverbänden zeige, daß man mit der Schwerpunktsetzung auf dem richtigen Wege sei.

Dr. Heinz-Jörg Eckhold (CDU) begrüßte die Verknüpfung der beiden ersten Ausbildungsphasen. Universitäre Ausbildung sei ebenso notwendig wie die Vermittlung von Berufswissen und Berufskönnen. Die CDU wolle aber die reinen schulformbezogenen Lehrer. Im Antrag sei jedoch die schulformspezifische Ausrichtung nicht deutlich erkennbar. Zunächst wolle man die Vorzüge des Gesetzestextes abwarten.

Brigitte Schumann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) hob hervor, mit dem Antrag werde das zentrale Versprechen aus dem Koalitionsvertrag eingelöst, nämlich die Reform der Professionalisierung der Lehrerbildung. „Schluß mit der Ungleichbehandlung von Schülerinnen und Schülern – Ganztagsangebote an allen weiterführenden Schulen ermöglichen“, forderte die CDU in ihrem Antrag (Drs. 12/3800), der nach abschließender Beratung keine Mehrheit im Schulausschuß fand. Gudrun Reinhard (CDU) hielt Schulministerin Gabriele Behler (SPD) vor, die Gesamtschulen seit Jahren bei der Ganztagsbeschulung zu bevorzugen und insbesondere die Hauptschule sträflich zu vernachlässigen. Wenn man den Elternvillen angemessen berücksichtige, müsse die

Förderung der Hauptschule im Mittelpunkt stehen. Eine einseitige Bevorzugung der Gesamtschule bei der Ganztagsbeschulung werde in Publikationen der Landesregierung überdeutlich. Die betreffenden Infoschriften müßten neu bearbeitet und herausgegeben werden.

Manfred Degen (SPD) wies darauf hin, der Ganztagsbetrieb an 19,6 Prozent der Hauptschulen gehe auf die Nachfrage zurück und belege eine nicht eben übergroße Bereitschaft. Natürlich würden mehr Ganztagsangebote benötigt; daran arbeite die SPD. Rainer Michaelis (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erklärte, die Forderung der CDU nach mehr Hauptschulen in Ganztagsform sei gegen die Gesamtschule gerichtet. Der Duktus gegen Gesamtschulen sei schon in den letzten Jahren unsinnig gewesen. Auch die GRÜNEN würden dafür eintreten, daß die Schulformen des gegliederten Schulwesens mehr Ganztagsangebote offerierten. Das Programm „Schule von acht bis eins“ war dazu ein wichtiger erster Schritt.

Bernhard Recker (CDU) erwiderte, zwar trete die CDU für den Bestandschutz der Gesamtschule ein; vergleichbare Leistungen müßten aber eingefordert werden.

Die Ministerin betonte, es gebe keinen DisSENS darüber, daß mehr Ganztagsangebote gebraucht und eingerichtet werden müßten, die auch in die Sekundarstufe I hineinreichten. Im übrigen bringe es niemandem etwas, eine Konkurrenzdiskussion gegen Schulformen zu führen.

Den Kernpunkt der Beratungen bildete der Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung schulrechtlicher Vorschriften (Schulrechtsänderungsgesetz, Drs.12/3958), den der Ausschuß für Schule und Weiterbildung mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion annahm und an das Plenum zur 2. Lesung zurücküberwies. Durch Änderung oder Neufassung von Vorschriften des Schulverwaltungsgesetzes sollen unter anderem Gemeinden, insbesondere im ländlichen Raum, zur gemeinsamen Schulentwicklungsplanung verpflichtet werden, soweit das zur Sicherung eines regional ausgeglichenen Angebots leistungsfähiger

Schulen erforderlich ist. Mit der Einrichtung von Schulleiterkonferenzen soll nicht nur der Informationsaustausch zwischen den Schulen gefördert, sondern darüber hinaus das notwendige Zusammenwirken zwischen allen am Schulleben Beteiligten gestärkt werden. Des weiteren wird die kontinuierliche Zusammenarbeit der Schulen mit den Trägern der Jugendhilfe und anderen Einrichtungen der Erziehung und Bildung gesetzlich abgesichert. Im Bereich der Ordnungsmaßnahmen soll geregelt werden, unter welchen Voraussetzungen Schüler und Schülerinnen, die volljährig und nicht mehr schulpflichtig sind, bei Verletzung ihrer Teilnahmepflicht am Unterricht entlassen werden können. Durch Änderung des Schulpflichtgesetzes werden die Bestimmungen zur vorzeitigen Einschulung den neueren Erkenntnissen und Bedürfnissen gemäß dem Beschluß der Kultusministerkonferenz (KMK) angepaßt.

Die CDU-Fraktion betonte, neben sinnvollen und auch dringend notwendigen und von ihr selbst seit längerem geforderten Änderungen seien durch den Gesetzentwurf auch Vorschläge eingebracht, die teilweise fragwürdig, teilweise aber auch rechtlich bedenklich seien. So sehe die CDU Probleme, wenn Gemeinden – insbesondere im ländlichen Raum – zur gemeinsamen Schulentwicklungsplanung verpflichtet würden. Dadurch könnte ein Tor geöffnet werden, durch das anstelle der kommunalen Planungshoheit ein Planungsermessens der Bezirksregierung eingeführt werde. Die vorgesehene Neuregelung könne dadurch die Verfassungsgarantie der Hauptschule gefährden. Daß sich Schulleiter auch gemeindeübergreifend austauschen sollen, sei zu begrüßen. Jedoch sei es zweifelhaft, ob ein Gesetz dies verpflichtend regeln müsse.

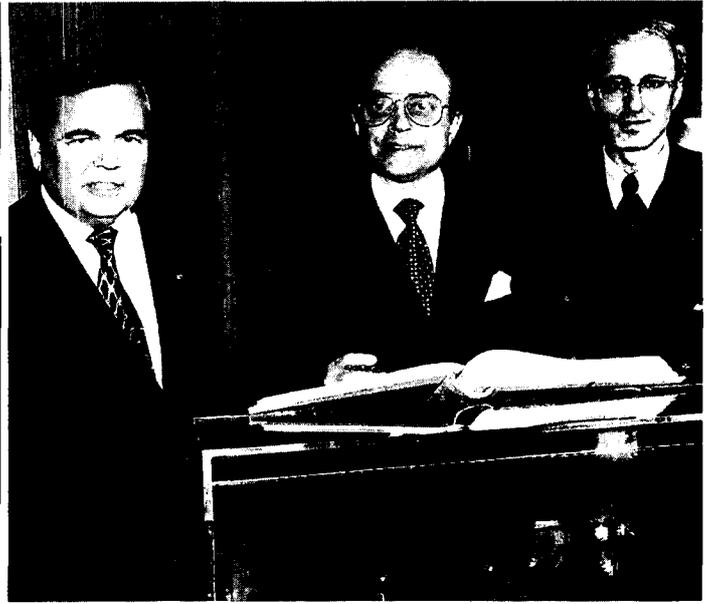
Die SPD-Fraktion unterstrich die interfraktionelle Übereinstimmung in vielen Punkten. Bei der Schulentwicklungsplanung sehe man keine strittigen Ansätze. Eine vorausschauende Schulentwicklungsplanung im regionalen Bereich sei notwendig. Sie könne wichtige Hinweise zur Gestaltung der Zukunft geben. Sie diene darüber hinaus der Planungssicherheit für die Kommunen. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betonte, es sei notwendig, interkommunale Planungen im Sinne von Vorausschau vorzunehmen. Man wolle weiterhin ein breites Angebot für jeden Schüler und jede Schülerin. Damit stehe und falle auch die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse bezogen auf Schule.

Schulministerin Behler betonte, daß es nicht um Aushöhlung von Planungshoheit, sondern um die gemeinsame Verantwortung der Gemeinden gehe. Einsatzbezogene Schulentwicklungsplanung sei der entscheidende Unterschied zu schematisch fortzusetzenden Planungen. Die Errichtungsbedingungen seien an keiner Stelle verändert worden. Es gehe auch nicht darum, andere Einrichtungsbedingungen als Voraussetzung für die Schließung anderer Schulen vorzunehmen. Bezüglich der Schulleiterkonferenzen gäbe es keine Verpflichtung; im Gesetz sei nur die Möglichkeit dazu eröffnet worden. Aus gutem Grund seien keine detaillierten Verfahrensregelungen oder Gremienzusammensetzungen vorgegeben worden. Das könne man vor Ort besser entscheiden.



Sie habe stets einen Gruß und ein Lächeln für ihre Kolleginnen und Kollegen übrig gehabt, lobte Landtagspräsident Ulrich Schmidt (l.) die Regierungsangestellte Gisela Montag (r.) bei ihrer Verabschiedung in den Ruhestand. Seit über 25 Jahren habe sie im Landtag an unterschiedlichen Stellen gearbeitet und mit ihrer guten Laune und positiven Lebenseinstellung nicht nur ihre unmittelbare Umgebung, sondern die ganze Landtagsverwaltung angesteckt. Schmidt wünschte der scheidenden Angestellten, die in den letzten Jahren im Referat Öffentlichkeitsarbeit den Einzug des elektronischen Zeitalters mitvollzogen habe, einen schönen Ruhestand und dankte ihr für die geleistete Arbeit.

Foto: Schälte



Die Präsidentin des Landesrechnungshofs Nordrhein-Westfalen, Ute Scholle, hat Landtagspräsident Ulrich Schmidt den Jahresbericht 1999 über die Prüfungen im Geschäftsjahr 1998 ihres Hauses übergeben (Bild links, siehe auch Seite 17). — Einen Antrittsbesuch im nordrhein-westfälischen Landtag (Bild rechts) hat der Botschafter der Türkei in der Bundesrepublik Deutschland, Tugay Ulucevik (M.), im Landtag abgestattet. Er wurde von Landtagspräsident Ulrich Schmidt empfangen. Der Botschafter kam in Begleitung des türkischen Generalkonsuls Fatih Ceylan (r.).
Fotos: Schälte

Zeuge aus Oberhausen

Sparkasse hatte keine Erfahrung mit Kunden aus Bereich Medien

Am 27. Mai sagte Rolf Karbach, betriebsberatender Leiter der Gruppe Wirtschaftsförderung in der Kreditabteilung der Stadtsparkasse Oberhausen, als Zeuge vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuß II aus. Karbach, der in Begleitung eines Anwalts erschien, ist derzeit mit der Beantragung und Durchleitung öffentlicher Mittel betraut.

Mit der HDT habe das Kreditinstitut 1991 Neuland betreten, da keine Erfahrungen mit Kunden aus dem Bereich Medien vorgelegen hätten, berichtete Karbach. Man habe sich deswegen auf die Plausibilität der von der HDT eingereichten Unterlagen verlassen müssen. Im Bemühen um eine möglichst vollständige Absicherung sei zur Finanzierung des Kredits in Höhe von 33 Millionen Mark ein Bankenkonsortium gegründet worden. Von der Stadtsparkasse Oberhausen seien 13 Millionen Mark bereitgestellt worden, die Restsumme sei auf zwei weitere Konsorten verteilt worden. Im Verlauf des Projekts habe es immer wieder Liquiditätsengpässe bei der HDT gegeben. Die 21-Tages-Frist bis zum „D-Day“, dem Tag der Konkursanmeldung, habe mehrmals abzulaufen gedroht. So sei Anfang 1998 ein Antrag auf eine Landesbürgschaft gestellt worden, um die zusätzliche Bereitstellung einer Liquidität von etwa 5 Millionen Mark zur Aufrechterhaltung der HDA zu sichern. Ein von der Stadtsparkasse ausgearbeitetes Umfinanzierungskonzept sei in die Auflagen des Landesbürgschaftsausschusses aufgenommen wor-



Als Zeuge im U-Ausschuß: Rolf Karbach aus Oberhausen.

Foto: Schälte

den. Da ein Mitglied des Konsortiums, die Unternehmensgruppe Philips, das Konzept jedoch abgelehnt habe, sei der Kontokorrentkredit letztlich nicht gewährt worden. Nach der Ablehnung sei im April 1998 vom Ministerium für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr ein Betriebsmittelzuschuß in Höhe von etwa 4 Millionen Mark in Aussicht gestellt worden, der aus fördertechnischen Gründen in eine andere Form der Förderung umgewandelt worden sei.

Die Frage von Vertretern der Opposition nach dem Versuch politischer Einflußnahme auf die Bank verneinte Karbach. Den Mitte 1998 von Staatssekretär Jörg Bickenbach vom Wirtschaftsministerium und dem Oberbürgermeister und Verwaltungsratsvorsitzenden der Stadtsparkasse Oberhausen, Burkhard Drescher, an die Stadtsparkasse und die WestLB herangetragenen Wunsch, zugunsten der Übernahme der HDA durch einen Investor auf Forderungen in Höhe von etwa 10 Millionen Mark zu verzichten, habe er als „nachdrückliche Bitte“ aufgefaßt, der die Kreditinstitute letztlich nicht entsprochen hätten. Die Stadtsparkasse habe in diesem Zusammenhang von „Vermögensverschwendung“ gesprochen.
Verena Bühl

Vandalismus in NRW nicht gesondert erfaßt

Kriminalstatistisch belegbare Aussagen zum Ausmaß vandalistischen Verhaltens seien derzeit nicht möglich, da Vandalismus keinen eigenen Straftatbestand darstelle und somit auch nicht gesondert im Straftatenkatalog der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) aufgeführt werde. Dies teilte Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD) auf eine kleine Anfrage der CDU-Abgeordneten Heinz Paus, Klaus Stallmann, Wilhelm Droste, Theodor Kruse, Heinrich Meyers und Maria-Theresia Opladen zur Beeinträchtigung des Rechtsfriedens durch Vandalismus mit. Es sei eine Neugestaltung der PKS vorgesehen, die durch eine differenziertere Erfassung von Sachbeschädigungen und Diebstählen auch zur Thematik des Vandalismus detailliertere Aussagen ermöglichen werde. Strafrechtlich werde Sachbeschädigung bzw. Gemeenschädliche Sachbeschädigung mit Freiheitsstrafe bis zu zwei bzw. drei Jahren oder Geldstrafe geahndet. Der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) verzeichne eine leicht steigende Entwicklung der bekanntgewordenen Schäden über die letzten fünf Jahre, die Schadenshöhe betrage jährlich rund 50 Millionen Mark (Drs. 12/3883).

In Zukunft Bundespräsident aller Deutschen, Ansprechpartner und Patriot

Rau war über vierzig Jahre Mitglied des NRW-Landtags

Johannes Rau, langjähriger nordrhein-westfälischer Ministerpräsident und dienstältester Abgeordneter des nordrhein-westfälischen Landtags ist am Pfingstsonntag im Berliner Reichstag von der Bundesversammlung zum Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland gewählt worden. Der 68jährige Politiker aus Wuppertal erreichte im zweiten Wahlgang die absolute Mehrheit. Er erhielt 690 Stimmen der 1.333 Wahlfrauen und Wahlmänner und damit 20 mehr, als für die absolute Mehrheit erforderlich gewesen wären.

Johannes Rau, verheiratet mit der künftigen First Lady Christina Rau, geborene Delius, und Vater der Kinder Anna, Philipp Immanuel und Laura, ist der achte Bundespräsident und nach Gustav Heinemann der zweite Sozialdemokrat in diesem Amt. Er tritt die Nachfolge von Bundespräsident Roman Herzog am 1. Juli an. In seiner ersten Rede, mit der er sich für die Wahl kurz bedankte, kündigte Rau an, er wolle „Bundespräsident aller Deutschen“ sein und „Ansprechpartner für alle Menschen, die ohne Paß bei uns leben und arbeiten“. Er werde nie ein Nationalist sein, fühle sich aber als Patriot. Die Deutschen müßten ein Volk der guten Nachbarn sein, nicht nur nach außen, sondern auch im Inneren im Verhältnis zu den Ausländern. Er wolle sich besonders darum bemühen, die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen abzubauen.



Ab 1. Juli Bundespräsident: Johannes Rau.

Jahre im Rheinland

Johannes Rau wurde am 16. Januar 1931 im Wuppertaler Stadtteil Barmen geboren. Nach Volksschule und Gymnasium absolvierte er eine Lehre als Verlagsbuchhändler, besuchte die Buchhändlerschule Köln und legte 1952 die Fachprüfung ab. Von 1954 bis 1967 war er Leiter eines theologischen Verlages der evangelischen Jugend. Von 1952 bis 1957 gehörte er der Gesamtdutschen Volkspartei (GVP) an. Ab 1957 ist er Mitglied der SPD und zieht bereits am 21. Juli 1958 als Abgeordneter in den Landtag ein. Gewählt wurde er von der 4. bis zur 12. Wahlperiode immer im Wahlkreis Wuppertal III.

Daneben unterzog er sich vielen kommunalpolitischen Aufgaben. Von 1964 bis 1978 war Rau Mitglied des Rates der Stadt Wuppertal, von 1964 bis 1967 Fraktionsvorsitzender und von 1969 bis 1970 Oberbürgermeister. Auch in der Evangelischen Kirche hat er eine Heimat. Er ist Berufenes Mitglied der Synode und stellvertretendes Mitglied der Leitung der evangelischen Kirche im Rheinland.

Im Landtag leitete Johannes Rau von 1962 bis 1966 als Vorsitzender den Jugendausschuß und von 1966 bis 1968 als Vor-

sitzender den Kulturausschuß. Von 1967 bis 1970 führte er die SPD-Fraktion. Im gleichen Zeitraum amtierte er auch als Vorsitzender des Interfraktionellen Arbeitskreises für die Kernforschungsanlage Jülich. Von 1969 bis 1970 war er Vorsitzender des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Wiedergutmachung. Danach folgten die Jahre im Kabinett. Von 1970 bis 1975 hatte er das Amt des Ministers für Wissenschaft und Forschung inne, eine Zeit, in der zahlreiche Universitäts- und Gesamthochschulgründungen in Nordrhein-Westfalen erfolgten. Seit dem 20. September 1978 war er Ministerpräsident des bevölkerungsreichsten Bundeslandes. Von 1989 bis 1990 leitete Johannes Rau als Vorsitzender die Ministerpräsidentenkonferenz. 1994 kandidierte er erstmalig für das Amt des Bundespräsidenten, unterlag aber Roman Herzog. Am 16. März 1998 kündigte er vor dem SPD-Landesvorstand seinen Rücktritt als Regierungschef und als Landesvorsitzender an. Den Rücktritt selbst vollzog er am 27. Mai des Vorjahres mit einer Erklärung im Landtag. In bewegendem Worten machte er deutlich, als er vor zwanzig Jahren zum Nachfolger von Heinz Kühn gewählt worden sei, habe er sich nicht vorstellen können, daß er diese Funktion so lange innehaben würde. „Ich konnte damals nicht wissen, daß ich einmal vor Ihnen als

dienstältester Ministerpräsident und dienstältester Abgeordneter dieses Landtages sprechen würde. In all den Jahren war es mir immer besonders wichtig, daß ich das Vertrauen rechtfertige und erwidere, das die Menschen in Nordrhein-Westfalen und das die Mehrheit im Landtag in mich gesetzt haben.“

Landtagspräsident Ulrich Schmidt wies damals auf eine Eigenschaft hin, die auch dem künftigen Bundespräsidenten zugute kommen wird, die des brillanten, begnadeten Redners. Schmidt berichtete, seit seiner Jungfernrede 1959 seien rund 700 Redebeiträge Raus im Archiv des Landtages dokumentiert. Der Landtagspräsident konnte sogar ihr Papiergewicht benennen: genau 7,885 Kilogramm. Dieses Gewicht wird in Zukunft noch gewichtiger werden. Denn Johannes Rau wird künftig nicht nur für ein einzelnes, wenn auch bedeutendes Bundesland sprechen. „Ich wünsche mir ein Land, das seine Stärke bezieht aus dem Ausgleich unterschiedlicher Interessen, aus dem Dialog verschiedener Kulturen und aus der Bereitschaft der Menschen, nicht nur an sich selber zu denken, sondern gemeinsam mit anderen Dinge zum Besseren zu verändern“, hatte er bei seinem Rücktritt im Vorjahr erklärt. Dieser Satz läßt sich nun für die gesamte Bundesrepublik geltend machen.

Eckhard Hohlwein

Stärkung des Europa-Parlaments durch hohe Wahlbeteiligung von großer Bedeutung

Aufbruch in eine neue Dimension Europas

Vor zwanzig Jahren wurden die Abgeordneten des Europäischen Parlaments zum erstenmal direkt von den Bürgerinnen und Bürgern der EG gewählt.

„Noch ist die Zuständigkeit dieser Versammlung nicht so umfassend, wie dies dem Leitbild der nationalen Parlamente entspricht. ... Noch warten wir mit Ungeduld auf den Tag, da ihre Mitglieder von den europäischen Bürgern selbst gewählt werden.“ Die Worte entstammen der Rede des damaligen Präsidenten der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft Walter Hallstein anlässlich der konstituierenden Sitzung der „Versammlung“ von Montanunion, Europäischer Wirtschaftsgemeinschaft und Europäischer Atomgemeinschaft am 19. März 1958 in Straßburg. Offiziell gab sich diese Versammlung erst vier Jahre später den förmlichen Titel „Europäisches Parlament“.

Als im Juli 1979 die erste direkt gewählte europäische Volksvertretung tagte, wurde die Bedeutung dieses Ereignisses in einer Vielzahl von Reden europäischer Politiker wie auch in der Berichterstattung durch die Medien hervorgehoben. Vom „Novum in der Geschichte“ wurde gesprochen, vom Aufbruch in „neue Dimensionen“ des europäischen Integrationsprozesses.

Am 10. Juni 1979 hatten sich durchschnittlich 62 Prozent der wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger der damals noch neun EG-Mitgliedsstaaten an den ersten Direktwahlen beteiligt, die im Vorfeld in fast allen Ländern von heftigen Diskussionen begleitet worden waren. Insbesondere Frankreich, Großbritannien und Dänemark hatten vor einer drohenden Entmachtung der nationalen Parlamente durch die Stärkung des Europäischen Parlaments gewarnt. Neben einer unter anderem in Großbritannien entsprechend geringen Wahlbeteiligung (30,5 Prozent) hielt das Wahlergebnis keine größeren Überraschungen bereit. In Deutschland erhielten CDU/CSU 49,2 Prozent der abgegebenen Stimmen, die SPD 40,8 Prozent und die FDP sechs Prozent.

Kommission und Rat hatten sich durch die Wahlen eine Wiederbelebung der von Krisen und Stagnation befallenen EG erhofft. Der Erwartungsdruck, der auf den 410 Abgeordneten lastete, war hoch. So hatten sich die Parlamentarier vor 1979 mit weitreichenden Reformforderungen noch zurückgehalten, denn es sei „Aufgabe der dann vom Volk unmittelbar gewählten Parlamentarier, in die Diskussion mit Rat und Kommission über die weitere Gestaltung der Beziehungen einzutreten“. Eine geschärfte Konfliktbereitschaft des nun demokratisch legitimierten Parlaments ließ sich an der Zunahme von Haushaltskonflikten ablesen. Zahlreiche institutionelle Grabenkämpfe wurden zwischen Parlament und Rat ausgefochten. Eine der hervorragendsten Leistungen der ersten Wahlperiode, die Ausarbeitung des Vertragsentwurfs zur Gründung der Europäischen Union im Jahr 1984, die am 1. Juli 1987 in das Inkrafttreten der Einheitlichen Europäischen Akte mündete, krankte jedoch an mangelnder öffentlicher Resonanz, fehlender Unterstützung durch die nationalen Regierungen sowie an der



Werbung für die Europawahl auf Bahnsteig 3/4 des Duisburger Hauptbahnhofs.

Foto: Niew

nach wie vor schwachen Stellung gegenüber Kommission und Rat.

Die Einheitliche Europäische Akte, die dem Parlament neben den bereits bestehenden Haushaltsbefugnissen eine größere Einflußnahme in der Gesetzgebung ermöglichte und damit ein Schritt war auf dem Weg zu mehr Mitbestimmung, setzte ein positives Signal in der zweiten Wahlperiode, die im Juni 1984 mit einer zurückgegangenen Wahlbeteiligung eher enttäuschend begonnen hatte. Der Vertrag von Maastricht wertete 1993 erneut die Rechte und Zuständigkeitsbereiche des Parlaments auf. Die Ernennung der Kommission beispielsweise bedarf seitdem seiner Zustimmung. Das gewachsene politische Gewicht des Europäischen Parlaments wurde auch für die breite Öffentlichkeit im März dieses Jahres sichtbar, als die gesamte Spitze der EU-Kommission auf Druck der Parlamentarier und des von ihnen eingesetzten Kontrollausschusses zurücktreten mußte.

Zum 1. August 1999 wird mit Inkrafttreten des Vertrages von Amsterdam der Notwendigkeit einer breiten demokratischen Legitimation europapolitischer Entscheidungen verstärkt Rechnung getragen werden. Das Europäische Parlament wird eine erhebliche Erweiterung seiner Befugnisse und damit seines Einflusses im Zusammenspiel der Institutionen erfahren.

Da europäische Entscheidungen in zunehmendem Maße alle Lebensbereiche der Bürgerinnen und Bürger in der EU beeinflussen, forderten die Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen und österreichischen Landesparlamente am 11. Mai 1999 in ihrer Entschließung zu den Wahlen zum

Europäischen Parlament, bei der nächsten institutionellen Reform das Parlament zu einem dem Rat ebenbürtigen und gleichberechtigten Entscheidungsorgan weiterzuentwickeln. Um seine wichtige Rolle innerhalb der europäischen Institutionen wahrnehmen zu können, müsse sich das Parlament zudem auf einen überzeugenden Wählerauftrag stützen können. Die Bedeutung einer hohen Wahlbeteiligung der Bürgerinnen und Bürger am 13. Juni wird damit hervorgehoben. Voraussetzung einer stärkeren Verankerung des Europäischen Parlaments im Bewußtsein der Bevölkerung sei aber eine größere Nähe der Abgeordneten zu den Wählern durch die europaweite einheitliche Einrichtung regionaler Wahlkreise. Die Verbreitung des Europagedankens könne am ehesten auf Landesebene gelingen. Gerade Länder und Regionen seien geeignet, identitätsstiftend zu wirken und Geborgenheit in einer zunehmend globalisierten Welt zu vermitteln.

Das Demokratiedefizit der Anfangsjahre wurde mit den ersten Direktwahlen vor zwanzig Jahren weitgehend behoben, und das Parlament, zu dessen Wahl in diesen Tagen mit bundesweit 62,3 Millionen Menschen so viele Wahlberechtigten wie nie zuvor aufgerufen sind, hat mittlerweile ein großes politisches Gewicht in Brüssel. Dem Problem der Distanz zu ihren Bürgerinnen und Bürgern muß sich die Europäische Union dennoch stellen. Gerade in diesem Zusammenhang ist die Stärkung der Abgeordneten durch eine hohe Wahlbeteiligung von größter Bedeutung, damit ein von allen Menschen in der EU getragenes Europa der Regionen verwirklicht werden kann.

Verena Bühl

Parlamentspräsidentenkonferenz will Diskussion zur Reform des Föderalismus wieder in Bewegung bringen

In gemeinsamer Konferenz haben sich die Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen und österreichischen Landesparlamente vom 9. bis 11. Mai in Hamburg u. a. mit den Themen „Parlamentarismus im Zeitalter der Medien“, „Zusammenarbeit der Regionen in Europa“ und „Osterweiterung der EU“ befaßt.

Daneben verabschiedete auch die deutsche Präsidentenkonferenz mehrere Resolutionen. Zur „Weiterentwicklung und Stärkung des Föderalismus“ wird die Notwendigkeit unterstrichen, die 1991 begonnene Verfassungsdiskussion zur Reform des Föderalismus wieder in Bewegung zu bringen.

Arbeitsgruppe der Direktoren

Die Idee einer zu diesem Zweck einzurichtenden gemeinsamen Kommission von Bundesrat und Bundestag wird in der Resolution aufgegriffen. An der Arbeit dieser Kommission seien die Landesparlamente unmittelbar zu beteiligen, hieß es. Auch Nordrhein-Westfalen nimmt an einer Arbeitsgruppe der Direktoren der Landtage teil, in der Vorschläge zu erarbeiten sind die von den Landesparlamenten in die Kommission eingebracht werden sollen. Eine öffentliche Diskussion möchte die Konferenz zum Thema „Privatisierung und parlamentarische Verantwortung“ anstoßen. Die Privatisierung staatlicher Aufgaben als Mittel zur Verschlingung des Staates und

der effizienteren Erledigung öffentlicher Aufgaben müsse vor dem Hintergrund betrachtet werden, daß der Mitwirkungs- und Kontrollbereich der Parlamente eingeschränkt werde. Diese parlamentarischen Befugnisse in ihrem Kern zu bewahren, halten die Parlamentspräsidenten jedoch aus verfassungsrechtlichen Gründen für unverzichtbar. Erste Ergebnisse der eingesetzten Arbeitsgruppen sollen auf der nächsten Konferenz der deutschen Parlamentspräsidenten im Herbst 1999 in Mecklenburg-Vorpommern vorgestellt werden.

Über den „Parlamentarismus im Zeitalter der Medien“ diskutierten die Präsidentinnen und Präsidenten am 10. Mai in ungewöhnlicher Umgebung mit hochrangigen Medienvertretern. Sie waren einer Einladung in das Verlagshaus Gruner + Jahr gefolgt. Dr. Michael Maier, Chefredakteur des „Stern“ leitete die Diskussion mit „Anmerkungen über das Verhältnis von Medien und Politik“ ein.

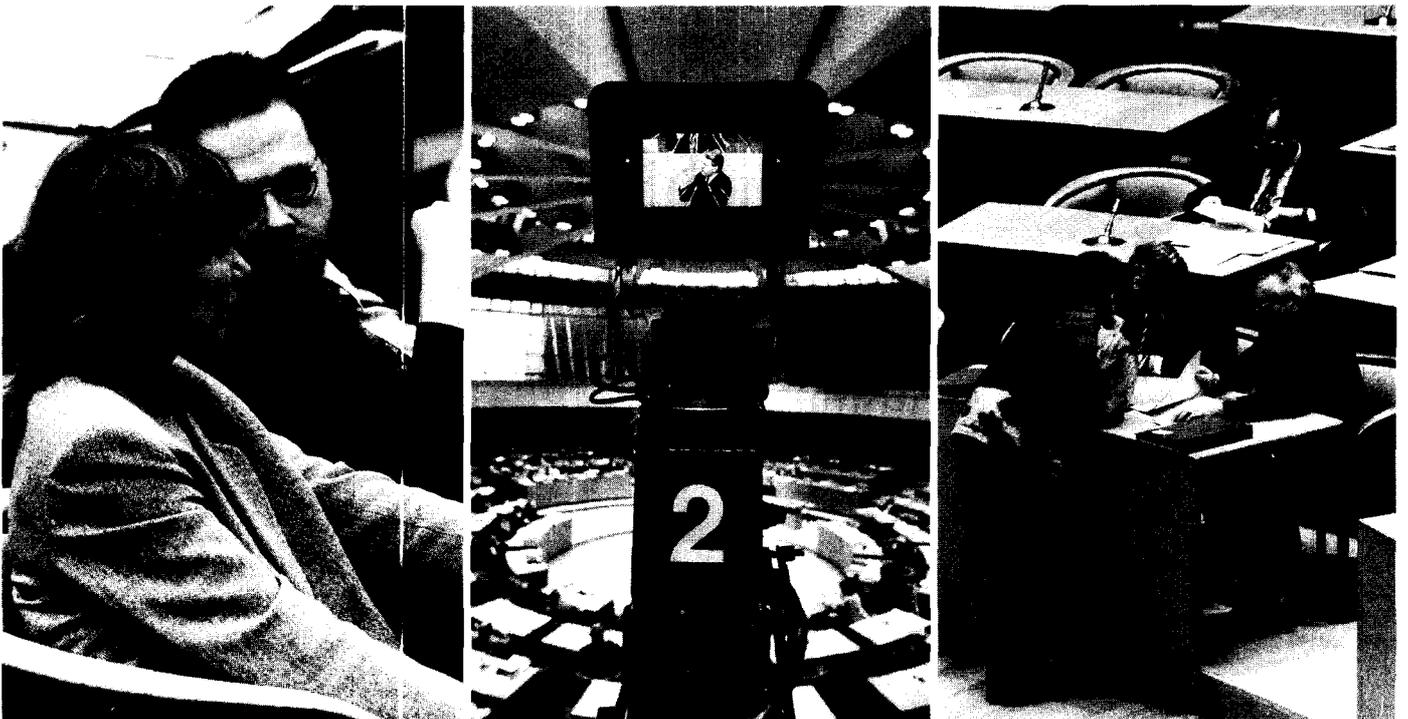
Der Gestaltungs- und Machtfaktor, den eine gekonnt inszenierte Medienpräsenz darstelle, führe zu einer völligen Neuordnung des politischen Lebens, konstatierte Maier. Der Parlamentarismus in seiner bestehenden Form komme nicht daran vorbei, auf diese Entwicklung zu reagieren. Eine Politik, die diesen Machtfaktor für sich nutzen wolle und sich zunehmend an der Logik der Medien orientiere, begebe sich jedoch in einen Zwiespalt. Es sei eine Sache, das neue Wechselspiel perfekt zu beherrschen. Medienpräsenz dürfe aber eine fundierte politische Kommunikation nicht ersetzen. „Politik pur“ habe es nie gegeben, Publizität sei eine Errungenschaft der Demokratie. Die par-

lamentarisch-repräsentative Demokratie befinde sich jedoch auf „einer gefährlich schiefen Ebene“ hin zu einer media-präsentativen Demokratie. Michael Maier schloß sein Referat mit dem Appell an Politik und Medien, sich auf die grundlegenden Werte des Gemeinsinns, der Wahrheitsliebe, Unabhängigkeit und Aufklärung zu besinnen.

V. B.

Heinz Hardt ehrte Schülerlotsen

Die Landesverkehrswacht Nordrhein-Westfalen hat am 26. Mai den 16. Landeswettbewerb der Schülerlotsinnen und Schülerlotsen durchgeführt. Schirmherr war der Wirtschafts- und Verkehrsminister des Landes NRW, Peer Steinbrück (SPD). Der Präsident der Landesverkehrswacht, der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Fraktion im Landtag, Heinz Hardt, begrüßte Teilnehmer und Betreuer in Düsseldorf. Der Wettbewerb fand im Hause des Rheinischen Gemeindeunfallversicherungsverbandes (GUV) statt. Dessen Geschäftsführerin, Marlis Bredehorst, nahm gemeinsam mit dem Präsidenten Heinz Hardt am Ende auch die Siegerehrung vor. Gewinner waren Matthias Tietz aus Solingen, Sebastian Fritsch aus Schwalmatal und Jan Vaßenberg aus Viersen. Im Jahr 1998 wurde erstmals seit langem wieder ein Anwachsen der Zahl junger Leute im Schülerlotsendienst um 8,6 Prozent auf 3 507 Jungen und Mädchen verzeichnet.



Impressionen im Plenum des Landtags: Im Bild links die Ministerin für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit, Birgit Fischer (SPD) im Gespräch mit dem Sozialexperten und stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der CDU, Hermann-Josef Arentz. Im mittleren Bild hält eine Fernsehkamera des Westdeutschen Rundfunks Köln (WDR) das Geschehen fest. Im Sucher: die CDU-Abgeordnete Dr. Helmut Linssen. Im rechten Bild findet ein Meinungsaustausch zwischen dem Fraktionssprecher der GRÜNEN, Roland Appel (vorne), und dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Professor Dr. Manfred Dammeyer (2. v. l.) sowie dem Parlamentarischen Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Edgar Moron (r.) statt. Im Hintergrund die SPD-Abgeordnete Reinhard Grätz.

Fotos: Schälte

Landesrechnungshof

Land kann nur mit drastischen Einschnitten der Neuverschuldung begegnen

„Die Schuldenentwicklung ist nach wie vor besorgniserregend“, betonte die Präsidentin des Landesrechnungshofes NRW, Ute Scholle, als sie am vergangenen Montag ihren Jahresbericht in der Landespressekonferenz vorstellte. Nur mit drastischen Einschnitten sei der Neuverschuldung auf Landesebene zu begegnen.

Sinkende bzw. stagnierende Steuereinnahmen hob Scholle vor diesem Hintergrund ebenso hervor wie die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit mit einem Jahresdurchschnitt von rund 880 000 Betroffenen in Nordrhein-Westfalen. Die Zielsetzung der Landesregierung, mit jährlichen Einsparungen von 800 Millionen Mark die Neuverschuldung bis 2003 auf 3,4 Milliarden Mark zu reduzieren, sei „mehr als fraglich“. Zum Ende des Haushaltsjahres 1997 habe sich der Schuldenstand des Landes von rund 136,3 Milliarden auf mehr als 145 Milliarden und 1998 noch auf über 150 Milliarden Mark erhöht. So hebt der Jahresbericht des Landesrechnungshofes erhebliche Einsparpotentiale, etwa in der Landesverwaltung hervor: Mit etwa 1300 abgebauten Stellen sei das Potential noch nicht ausgeschöpft, zumal 6600 gestrichenen Planstellen rund 5300 neu eingestellte Mitarbeiter gegenüberstünden. Auch bei den Fahrdiensten der Bezirksregierungen und der Polizei seien über



Ute Scholle (r.) erläutert vor der Landespressekonferenz den Jahresbericht. Der Präsidentin assistierte die Leitende Ministerialrätin Agnes Kempsschulte (l.).
Foto: Schälte

das Personalmanagement noch Einsparungen machbar.

Auch dem ehemaligen Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales erteilte Ute Scholle eine Rüge: Durch mangelhafte Prüfung bei der Anmietung von Büroräumen seien rund 330 000 Mark an erhöhter Jahresmiete fällig geworden. Insgesamt habe das zu einem 3,2 Millionen Mark teureren Preis geführt, als das Dienstgebäude 1996 für insgesamt 136 Millionen Mark gekauft wurde.

Die Filmförderung in Nordrhein-Westfalen ist ebenfalls in den Blickpunkt der Rech-

nungsprüfer gerückt. „Hierzu stellt der Landesrechnungshof fest, daß bei der Kino- und Fernsehfilmförderung der Mittelrückfluß sehr gering ist“, erklärte Scholle den anwesenden Journalisten. Von den bis einschließlich 1997 mit Landesmitteln geförderten 93 Kino- und Fernsehproduktionen haben bis Dezember 1997 nur fünf Fördermittel zurückgezahlt, was bei einer Gesamtförderung von 69,9 Millionen gerade einmal 2,2 Millionen Mark ausmache. Mehr Sinn ergebe da die Vergabe begünstigter Darlehen an die einzelnen Filmproduktionen.

EU-Gipfel ...

(Fortsetzung von Seite 9)
treffen, so der Staatssekretär. Sollte beispielsweise die Frage aufgeworfen werden, ob künftig im Bereich der Kulturpolitik die Mehrheitsentscheidung gelten solle, so hätten die Länder keine Möglichkeit mehr in einem für sie elementaren Bereich ihr Veto einzulegen. Gleiches gelte bei etwaigen Mehrheitsentscheidungen bei der Steuerharmonisierung und der Beschäftigungspolitik, erklärte der Staatssekretär.

Europäische Sozialunion

Die Ministerpräsidenten der deutschen Länder haben sich auf ihrer Konferenz in Potsdam am 12. Mai diesen Jahres darauf verständigt, von der Bundesregierung zu fordern, daß auch weiterführende Anliegen auf der Regierungskonferenz thematisiert werden. Hierzu zählt eine bessere Kompetenzabgrenzung zwischen den Zuständigkeiten der EU und den Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten und Regionen. Außerdem wird eine Stärkung der Mitwirkungsrechte und der Politikspielräume der Länder und Regionen gefordert.

Zweites zentrales Thema der Sitzung war der gegenwärtige Zustand der europäischen Gesundheitspolitik. Der Vertreter des Gesundheitsministeriums erklärte, daß es auf europäischer Ebene keine Systematik bei den unterschiedlichen Regelungen gebe. Auf der einen Seite werde das Gesundheitswesen als europäischer Markt begriffen, ohne jedoch häufig die soziale Steuerung des Systems in den Mitgliedstaaten zu beachten.

Es sei deshalb dringend nötig, das europäische Gesundheitswesen weiter auszubauen und damit einen wichtigen Schritt in Richtung der Schaffung einer europäischen Sozialunion zu verwirklichen. In diesem Zusammenhang bereite das Thema grenzüberschreitender Versorgungsleistungen Probleme. Zwar werde eine solche Versorgung zugelassen, ohne jedoch die nötigen Konsequenzen einer generellen Harmonisierung der verschiedenen Gesundheitssysteme zu ziehen.

Der Vertreter des Gesundheitsministeriums berichtete, daß sich in diesem Monat die Gesundheitsministerkonferenz der EU-Mitgliedstaaten mit diesen Problemen befassen werde, um besonders Möglichkeiten zur Verbesserung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit auszuloten.

Änderung der Gemeindeordnung

Der Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie hat bei der Beratung des Ersten Gesetzes zur Modernisierung von Regierung und Verwaltung in Nordrhein-Westfalen mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU-Opposition einige Änderungen der Gemeindeordnung beschlossen. Demnach sollen Gemeinden sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben wirtschaftlich betätigen können, wenn ein öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert, ferner, wenn bei einem Tätigwerden außerhalb der Energieversorgung, der Wasserversorgung, des öffentlichen Verkehrs sowie des Betriebs von Telekommunikationsleitungsnetzen einschließlich der Telefondienstleistungen der öffentliche Zweck durch andere Unternehmen nicht besser und wirtschaftlicher erfüllt werden kann. Zur Marktanalyse über Chancen und Risiken eines wirtschaftlichen Engagements der Kommunen wurde beschlossen, daß den örtlichen Selbstverwaltungsorganisationen von Handwerk, Industrie und Handel und der für die Beschäftigten der jeweiligen Branche handelnden Gewerkschaften Gelegenheit zur Stellungnahme zu den Marktanalysen zu geben ist.

SPD-Fraktion**Die Zwischenbilanz sieht gut aus für Bonn**

„Die Zwischenbilanz kurz vor dem Regierungsumzug sieht gut aus für Bonn!“ Dieses Fazit zog Reinhard Grätz, Vorsitzender des Arbeitskreises Hauptausschuß der SPD-Landtagsfraktion, nach einer Klausurtagung des Arbeitskreises in Bonn. „Daß es gerade Aufgabe des Hauptausschusses ist, sich mit den Auswirkungen der Berlin-Entscheidung des Deutschen Bundestags zu befassen, zeigt, welchen Stellenwert die Situation der Bundesstadt und der Region Bonn für uns hat“, betonte Reinhard Grätz.

Nach einem ausführlichen Gespräch mit der Bonner Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann zog der Arbeitskreis eine Zwischenbilanz über den Stand der Umsetzung des Berlin/Bonn-Gesetzes und der vereinbarten Ausgleichsmaßnahmen. Grätz: „Die Grundlagen für eine dauerhafte und faire Arbeitsteilung zwischen der Bundesstadt Bonn und der Bundeshauptstadt Berlin sind gelegt. Ausgleichsprojekte mit einem Gesamtvolumen von rund 2,55 Milliarden DM sind erfolgreich auf den Weg gebracht.“ Er sei zuversichtlich, daß der tiefgreifende Einschnitt mit der Berlin-Entscheidung schon heute einen Strukturwandel in der Region Bonn bewirkt habe, dessen wirtschaftliche Dynamik und Leistungsfähigkeit zuversichtlich stimme.

Der angestrebte Wandel Bonns von der „Monostruktur Bund“ zu einem Zentrum privater Dienstleistungen, vor allem im Informations- und Telekommunikationsbereich, komme voran. „Die fünf Zukunftssäulen, Bundesstadt Bonn, internationale Zusammenarbeit, zukunftsorientierte Wirtschaftsstruktur, Wissenschaft und Forschung sowie Umwelt und Kultur sind tragfähige Fundamente für eine gute Zukunft Bonns und der Region“, stellte Reinhard Grätz fest. „Als politisch Verantwortliche müssen wir aber am Ball bleiben und darauf achten, daß das Berlin/Bonn-Gesetz Punkt für Punkt erfüllt wird. Ich denke vor allem an die Dienststellen, die nach Bonn verlagert werden sollen, vor allem an das Bundesaufsichtsamt für Kreditwesen in Frankfurt.“

Bahnfahrten attraktiver

„Mit dem Sommerfahrplan 1999 wird das Bahnfahren für die Menschen in Nordrhein-Westfalen noch attraktiver. Denn das reue Angebot der Bahn bringt vielen Fahrgästen mehr Direktverbindungen, kürzere Takte und verbesserte Anschlüsse.“ Das erklärte der verkehrspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Heinz Hunger. Darüber hinaus, so Hunger, ergänzten viele kommunale Verkehrsunternehmen mit zusätzlichen Nahverkehrsangeboten den integralen Taktfahrplan. „Mit dem bereits im Herbst letzten Jahres eingeführten integralen Taktfahrplan und den jetzt erfolgten Ergänzungen der kommunalen Nahverkehrsanbieter haben wir in Nordrhein-Westfalen ein deutliches Zeichen für den Schienenverkehr gesetzt“, machte Hunger deutlich. Er wies darauf hin, daß mit der Einführung des integralen Taktfahrplans die Fahrgastzahlen auf vielen Schienenverbindungen deutlich zugenommen hätten. Die jetzt von der Deutschen Bahn vorgenommenen Veränderungen und zusätzlichen Angebote seien Reaktion auf die veränderte Nachfrage.

CDU-Fraktion**Clement erneut gescheitert: Verwaltungsreform = Flop**

„Je mehr Details zu den aktuellen Plänen der Landesregierung zur Verwaltungsstrukturreform vorgestellt werden, umso deutlicher wird: Von Modernisierung und Straffung der Verwaltung, von Vereinfachung der Verwaltungswege, von Stärkung des kommunalen Sektors, von wirklichem Bürokratieabbau ist keine Rede mehr. Die Regierung Clement ist mit ihrem zentralen Reformvorhaben so gut wie gescheitert“, dies erklärte der Sprecher der CDU-Landtagsfraktion im Arbeitskreis für Verwaltungsstrukturreform, Franz-Josef Britz, zu den neuesten Plänen der Landesregierung zur Verwaltungsstrukturreform.

„Die jetzt vorliegenden Pläne zeigen erneut: Es bleibt fast alles beim alten, das Kind bekommt meist nur einen anderen Namen. Statt fünf Regierungspräsidenten gibt es zukünftig fünf Regionaldirektionen, statt zwei Landschaftsverbänden gibt es künftig zwei Kommunalverbände, statt des Kommunalverbandes Ruhrgebiet gibt es künftig die Agentur Ruhr.“

Auch die Reduzierung der Landesoberbehörden vollzieht sich nur auf dem Papier. Letztlich existieren sie weiter, sei es nach wie vor als Landesoberbehörden, als Landesbetriebe oder als Abteilungen in den Regionaldirektionen, bei denen sich nur das Türschild geändert hat. Von den Kommunalverbänden werden Aufgaben zwischen kommunaler und staatlicher Verantwortung hin- und hergeschoben, ohne daß über die Finanzierung Klarheit herrscht und ohne daß hierdurch Verwaltungsvereinfachung erreicht werden kann. Der Kompetenzwirrwarr für das Ruhrgebiet bleibt bestehen.“

Verfassungsmäßigkeit des Haushalts 1997 muß geprüft werden

„Der von der Präsidentin des Landesrechnungshofs vorgestellte Jahresbericht 1998 belegt die Inkompetenz der Landesregierung, Steuergelder effizient und sachgerecht auszugeben. Sozialdemokraten können nicht mit Geld umgehen“, erklärte der Sprecher der CDU für Haushaltskontrolle, Michael Breuer. So werde die CDU den Haushalt 1997 im Ausschuß für Haushaltskontrolle auf seine Verfassungsmäßigkeit überprüfen lassen: „Entgegen seiner Zusage hat der Finanzminister 1997 mehr Schulden gemacht als Geld für wichtige Investitionen ausgegeben. Das ist aus unserer Sicht nicht verfassungsgemäß. Schleußer hat damit leichtfertig Verfassungsgrundsätze verletzt“, erläuterte Breuer. Deutlich werde die Leichtfertigkeit der Landesregierung im Umgang mit Steuergeldern auch an der Medienförderung in Nordrhein-Westfalen. Mit 70 Millionen Mark habe die Landesregierung 93 Filmprojekte gefördert, 88 davon erwiesen sich als Flops. „Das ist keine effiziente Filmförderung wie Clement der Öffentlichkeit vorgaukelte. Clement allein trägt die Verantwortung für die verkorkste Filmförderung in NRW“, sagte der CDU-Politiker. Die CDU forderte die Landesregierung auf, schnellstens Clements Praxis in der wirtschaftlichen Filmförderung zu stoppen und die Medienpolitik NRW insgesamt auf ihre Wirtschaftlichkeit und Zielorientierung zu überprüfen. „Clement hat genug Flops produziert“, stellte Breuer abschließend fest.

DIE GRÜNEN-Fraktion**Kompromiß zur wirtschaftlichen Betätigung der Gemeinden akzeptiert**

Das Erste Gesetz zur Modernisierung von Regierung und Verwaltung ist ein wesentlicher Beitrag, um den Anforderungen an eine moderne und flexible Verwaltung in den Kommunen des Landes gerecht zu werden.

Der jetzt gefundene Kompromiß bei der wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen (GO§107ff) trägt den unterschiedlichen Interessen von Handwerk und Stadtwerken Rechnung. Das neue kommunale Wirtschaftsrecht sichert den Stadtwerken auf den Geschäftsfeldern der Strom-, Gas- und Wasserwirtschaft die volle Wettbewerbsfreiheit mit den anderen Unternehmen dieser Branchen. Auf unsere Initiative hin werden außerdem erstmals alle Formen des kommunalen Stromhandels zugelassen. Damit wird den Stadtwerken die Teilnahme am liberalisierten Energiemarkt ermöglicht. Darüber hinaus können Dienstleistungen unter bestimmten Bedingungen nicht nur in unmittelbarem Zusammenhang mit der Stromversorgung, sondern auch in der Wasser- und Gasversorgung, des öffentlichen Verkehrs und des Betriebs von Telekommunikationsnetzen erbracht werden. In den originären Geschäftsfeldern des Handwerks, z. B. der Installation von Leitungen, soll keine Erweiterung der bisherigen kommunalen Tätigkeiten zulässig sein. Insofern wurde den Bedenken von Handwerk und Mittelstand Rechnung getragen.

Mit einer Erweiterung der Experimentierklausel in der Gemeindeordnung (§126) können Kommunen zukünftig auf Antrag von nahezu allen Vorschriften der Gemeindeordnung befreit werden. Allerdings müssen Städte und Gemeinden sicherstellen, daß der Gesetzesauftrag erfüllt wird. Damit geben wir den Kommunen ein Höchstmaß an Freiheit zur alternativen Erledigung von Aufgaben. Ein Verzicht auf die Bestellung von (hauptamtlichen) Gleichstellungsbeauftragten ist jedoch ausdrücklich ausgeschlossen. Bei der Neufassung des Rettungsdienstgesetzes ist es durch unsere Beharrlichkeit gelungen, den hohen Standard im Rettungswesen zu sichern und den Erhalt der Leitstellen und Rettungswachen im kreisangehörigen Raum festzuschreiben. Bei der Zusammenführung von Aufgaben und Finanzverantwortung werden wir in allen Bereichen darauf achten, daß unververtretbare Härten für die Kommunen nicht entstehen.

*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen

Themen im Plenum

Vor Beginn der Parlamentsferien führt der Landtag noch drei Plenarsitzungen durch, die jeweils um 10 Uhr beginnen. Am Mittwoch, 9. Juni, beschäftigt sich das Parlament nach einer Fragestunde sowie einer Aktuellen Stunde u. a. mit dem Landesgleichstellungsgesetz im Entwurf der Landesregierung in erster Lesung. Es folgt die zweite Lesung des Ersten Gesetzes zur Modernisierung von Regierung und Verwaltung in Nordrhein-Westfalen, ebenfalls im Gesetzentwurf der Landesregierung. Auf Antrag der CDU befaßt sich das Plenum anschließend mit den CDU-Anträgen zur Konzeption der zukünftigen Europäischen Union und der Frage nach dem Umweltpakt für NRW. Erörtert wird dann der Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD und GRÜNEN zur Änderung des Wohnungsbauförderungsgesetzes in erster Lesung. Der Antrag zum Wohnungsbauprogramm für NRW 1999 der CDU mit dem Untertitel „Wohnen für alle“ schließt sich an. Am Donnerstag, 10. Juni, geht es u. a. um die Erweiterung des Untersuchungsauftrags des Untersuchungsausschusses II und um Unterrichtsauflauf auf Antrag der CDU, um das Nachtragshaushaltsgesetz 1999 im Gesetzentwurf der Landesregierung (erste Lesung) und um den Koalitionsantrag zur Gestaltung des Schullebens. Dann wird über den Einsatz von Regionalisierungsmitteln auf CDU-Antrag und das Schulrechtsänderungsgesetz im Entwurf der Landesregierung debattiert. Am Freitag, 11. Juni, stehen der Maßregelvollzug und der Frauenförderbericht 1997 im Mittelpunkt. Landtagspräsident Ulrich Schmidt verabschiedet den ehemaligen Ministerpräsidenten Johannes Rau.

Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Karl-Wolfgang Brandt, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Augustinus Henckel-Donnersmarck, laden zur nächsten Landtagsandacht im Landesparlament ein. Die Andacht findet am Donnerstag, 10. Juni, um 9.15 Uhr im Raum E 3 Z 03 des Landtagsgebäudes statt.

LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt.
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Postfach 101143, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur),
Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüne
(Redakteurin), Telefon: (02 11) 8 84 23 03,
8 84 23 04 und 8 84 25 45, T-Online: *56801#, FAX
8 84 30 22

Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag intern“: Dr. Hans Zinnkann, stellvertretender
Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat Edgar Moron MdL (SPD), Parla-
mentarischer Geschäftsführer, Heinz Hardt MdL
(CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer;
Ute Koczy (GRÜNE), Hans-Peter Thelen (SPD),
Pressereferent; Notker Becker (CDU), Presse-
sprecher; Rudolf Schumacher (GRÜNE), Presse-
sprecher

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten
Herstellung und Versand: Triltsch Druck und Ver-
lag, Düsseldorf, Vertrieb Telefon (02 11) 3 86 36 26
ISSN 0934-9154

Internet-Adresse: <http://www.landtag.nrw.de/>

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend her-
gestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Porträt der Woche



Wilhelm Krömer (CDU)

Ausgerechnet ein Sozialdemokrat, der frühere Kultusminister Hans Schwier, „animierte“ Wilhelm Krömer, Landtagsabgeordneter zu werden. Als der damalige Bürgermeister des ostwestfälischen Petershagen aus Sorge um die Schließung einer dortigen Schule um einen Gesprächstermin bei dem obersten Schulchef bat, erteilte man dem Christdemokraten eine Abfuhr. „Da ich als Bürgermeister für jeden Bürger Zeit habe, ärgerte ich mich sehr“, erinnert sich der gebürtige Mindener. Und da bei der 1990er Wahl sich für ihn die Chance bot, ein Landtagsmandat zu übernehmen, nutzte er sie.

Aufgewachsen auf dem seit dem 17. Jahrhundert von den „Krömers“ bewirtschafteten Bauernhof in Jössen, absolvierte der heute 60jährige denn auch die Lehre als Landwirt und besuchte die landwirtschaftliche Fachschule. Danach war er mehrere Jahre als Geschäftsführer der dortigen Ein- und Verkaufsgenossenschaft tätig. Mit der Heimat fest verwurzelt, engagierte sich der Ostwestfale schon in frühen Jahren in der Landjugend und der Evangelischen Kirche, wo er auch die zwei kirchlichen Verwaltungsprüfungen ablegte.

Geprägt auch von dem legendären Lindenhof in Bethel, übernahm Wilhelm Krömer 1972 eine Referententätigkeit beim Diakonischen Werk in Minden, wo er anschließend bis 1990 als stellvertretender Geschäftsführer fungierte. Auch nach seiner Wahl in den Landtag blieb er für diese Einrichtung mit ihren inzwischen 880 Mitarbeitern als „Ehrenamtlicher“ aktiv. Zur heutigen Bedeutung des Diakonischen Werkes Minden und zu dessen breitem Hilfsangebot trug der Abgeordnete wesentlich bei.

Nicht überraschend ist, daß sich der Petershagener schon mit 17 Jahren auch der Jungen Union anschloß und dann der CDU, wo er bis heute eine Vielzahl von Führungsfunktionen ausübt. So ist er beispielsweise seit 1975 Kreisvorsitzender der Union Minden-Lübbecke und Mitglied des Bezirksvorstandes.

Kommunalpolitisch tätig wurde der Christdemokrat 1965, zunächst als Ratsvertreter in seiner Heimatgemeinde Jössen, dann bis 1973 als deren Bürgermeister. Nach der Gebietsreform avancierte er zum Ortsvorsteher und gleichzeitig bis Ende 1994 zum Bürgermeister der größeren Stadt Petershagen. Bis heute ist er noch Erster Bürgermeister-Stellvertreter. Nicht ohne Genugtuung weist Wilhelm Krömer darauf hin, daß die SPD in Petershagen bei allen Wahlen eine klare Mehrheit erzielte – mit Ausnahme der Kommunalwahlen. Zweifellos das Verdienst eines Mannes, für den die kommunalen Ämter eine ste-

te Verpflichtung sind, für die Belange der Bevölkerung einzutreten und für deren Sorgen ein offenes Ohr zu haben. Der CDU-Abgeordnete gehört den Ausschüssen für Arbeit, Gesundheit, Soziales sowie für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz an. Parliamentsgremien also, deren Aufgabenbereiche seinem politischen Engagement am nächsten liegen.

So plädiert der Christdemokrat für das möglichst ortsnahe „humane Krankenhaus“, wo das Betreuungspersonal noch Zeit für die Patienten hat. Und er nennt es einen „Skandal“, daß es heute noch Fünf-Bett-Zimmer gebe. Auch sei der Ausbau von Hospizen dringend erforderlich, um alleinstehenden Menschen zu gewährleisten, daß sie in ihren letzten Wochen noch in Würde leben könnten. Einrichtungen für Obdachlose und Nichtseßhafte sollten ihnen „Orientierungspunkte“ vermitteln.

Die ländlichen Regionen nennt Wilhelm Krömer eine „Kraftquelle“ für das ganze Land, wo keine „Museumsdörfer“ entstehen dürften. So sollten den dortigen Gemeinden planungsrechtlich eigene Entwicklungsmöglichkeiten geboten werden. „Es muß was für die Rahmenbedingungen getan werden“, fordert er.

Der Familienvater von drei Kindern gehört noch zahlreichen weiteren Gremien an, beispielsweise der „Stiftung für Wohlfahrtspflege“ des Landes und der Stiftung „Gerhart-Hauptmann-Haus“ – ein mannigfaltiger Aktionsradius. Bei all dieser Tätigkeit sind für den Ostwestfalen Bodenhaftung, christliche Grundwerte und Pluralismus keine Schlagwörter, sondern eine tägliche Herausforderung. Jochen Juretko

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muß nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.)

Zur Person

Geburtstagsliste

Vom 9. bis 13. Juni 1999

- 9. 6. **Ute Koczy** (GRÜNE), 38 J.
- 10. 6. **Reinhold Trinius** (SPD), 65 J.
- 10. 6. **Hannelore Ludwig** (SPD), 50 J.
- 13. 6. **Manfred Bruckschen** (SPD), 61 J

★

Wolfgang Clement (SPD), nordrhein-westfälischer Ministerpräsident, und **Gabriele Behler** (SPD), Wissenschaftsministerin, wollen im NRW-Hochschulrat externen Sachverstand nutzen. Zu den Aufgaben des Hochschulrats unter dem Vorsitz des früheren Präsidenten der Hochschulrektorenkonferenz, **Hans-Uwe Erichsen** (Münster) gehört es, Studien- und Forschungsbereiche qualitativ zu bewerten. Dem Gremium gehören neben Erichsen weitere 16 Experten an. Als Hochschulrepräsentanten, die auch Management-Erfahrung haben, wurden in die Kommission berufen: HRK-Generalsekretär **Josef Lange**, die Professoren **Richard Brook**, **Verena Meyer**, **Frans van Vught**, **Klaus Wolff**, **Ulrich Teichler** (Kassel) und der Rektor der Fachhochschule Westküste, **Hans-Jürgen Block**. Brook ist Direktor des britischen Forschungsrates für technische und physikalische Wissenschaften. Die Physikerin Meyer gehört dem Wissenschaftsrat der Schweiz an und war Rektorin der Universität Zürich. Der Rektor der Universität Twente (Niederlande), van Vught, gilt als Fachmann für Planungsmethoden und Hochschulsteuerung. Der frühere Präsident der Universität Bayreuth, Wolff, gehörte bereits der Hochschulstrukturkommission Thüringen an. Die Fachdisziplinen sollen folgende Wissenschaftler vertreten: der Kulturwissenschaftler **Dieter Langewiesche**, der Sozialwissenschaftler **Dieter Sadowski**, der Ingenieurwissenschaftler **Franz Mayinger** und der Naturwissenschaftler und ehemalige Vorsitzende des Wissenschaftsrates, **Karl-Heinz Hoffmann**. Dazu kommen Vertreter aus Gewerkschaften, Wirtschaft und Politik: DGB-Vorstandsmitglied **Regina Görner**, der Elektronikunternehmer **Hans Rump** (Dortmund), VW-Vorstandsmitglied **Klaus Kocks** sowie **Heiner Kleffner** vom Wissenschaftsministerium und **Helmut Rubin** für das Finanzministerium.

★

Reinhold Trinius (SPD), Landtagsabgeordneter, begeht am 10. Juni seinen 65. Geburtstag. Der Jubilar wurde in Langencorf, Kreis Zeitz, geboren. Er machte 1952 Abitur und studierte Geschichte sowie Deutsch in Halle/Saale, Münster und Tübingen. Von 1960 bis 1975 war er im Schuldienst. Der SPD gehört der verheiratete Oberstudienrat a. D. und Vater dreier Kinder seit 1961 an. Seit 1978 ist er stellvertretender Vorsitzender des SPD-Bezirks Ostwestfalen-Lippe. Bis 1985 war er Mitglied des Rates der Stadt Porta Westfalica. Mitglied des Landtags ist Reinhold Trinius seit 1970. Gewählt wurde er in Minden-Lübbecke. Von 1975 bis 1985 hatte er das Amt des Stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung inne. Seit 1985 ist er Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion und war bis vor kurzem deren finanzpolitischer Sprecher. Ebenfalls am 10. Juni begeht die SPD-Landtagsab-

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Staunen und Bewunderung erregt die neue Glaskuppel des vom englischen Architekten Sir Norman Foster umgebauten Reichstagsgebäudes in der neuen Bundeshauptstadt Berlin. Sie ist knapp 24 Meter hoch und besteht aus 408 Glasplatten mit einer Gesamtläche von 3 000 Quadratmetern; 800 Tonnen Stahl geben dem Ganzen die erforderliche Standfestigkeit. Bestimmende Komponente im Inneren der Kuppel ist das Lichtelement, das mit seinen 360 Spiegeln das Tageslicht in den Plenarsaal leitet und zudem die verbrauchte Luft nach oben abführt. Vor kurzem hatten die Mitglieder des Ausschusses für Haushaltskontrolle des Landtags bei ihrem Berlinbesuch Gelegenheit, acht Tage nach Eröffnung des Reichstags die Kuppel zu besichtigen und sich einen eigenen Eindruck von der filigranen Architektur dieses Aussichtspunktes hoch über dem wachsenden Regierungsviertel zu verschaffen. Dabei entstand diese Aufnahme. Foto: Kamp

geordnete **Hannelore Ludwig** ihren 50. Geburtstag. Die verheiratete Realschullehrerin aus Warburg wurde in Schloß Neuhaus im Kreis Paderborn geboren. Sie

machte 1968 Abitur und studierte in Münster, Rennes in Frankreich und Bielefeld. Der SPD gehört sie seit 1974, dem Landtag seit 1998 an.